**Zeitschrift:** Bericht des Regierungsrathes an den Grossen Rath über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern ...

**Herausgeber:** Regierungsrath des Kantons Bern

**Band:** - (1856)

**Anhang:** Anhang

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 22.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ber Staatsanwaltschaft) betrug laut Tabelle	XVII	. im Jahre
1855	Fr.	34,376. 11
im Jahre 1856 aber nur	"	33,461. 45
so daß sich auch hier eine kleine Minder=		
ausgabe von	Fr.	914. 66
herausstellt.		

# Anhang.

# Mittheilung

bemerkenswerther Entscheidungen des Appellations- und Cassationshofes und der Polizeikammer.

T.

## Urtheile des Appellations: und Caffationshofes.

1. Cassationsgesuch des J. Z. gegen ein von den Assisen des IV. Geschwornenbezirks am 26. Juni 1855 ausgefälltes Urtheil. (Urtheil vom 23. Juli 1855.)

I. In der Nacht vom 28./29. Dez. '1854 fand in N. ein Schlag= und Raufhandel statt, zufolge welchem C. W. von N. dermaßen verwundet wurde, daß die Folgen dieser Verswundung den Tod desselben herbeiführten. Ebenso wurden dabei auch G. S. in N. und J. G., daselbst, mishandelt. Laut dem Arztzeugnisse hatte S. an verschiedenen Theisen des Kopfes theilweise gequetschte Wunden. Diese Verletzungen wurs

ben aber vom untersuchenden Arzte als nicht gefährlich und voraussichtlich von keinen weitern Folgen erklärt.

Auf die dießfallsigen Anzeigen hin, wurde gegen die vers muthlichen Urheber, unter benen sich nebst andern auch J. Z. befand, eine Untersuchung eingeleitet und nach Beendigung dersselben unterm 26. Juni 1855 die Sache den Assisen des IV. Geschwornenbezirks zur Beurtheilung vorgelegt.

Die erste Frage: Ist der Angeklagte P. W. schuldig, ben R. W. von N. in einem Rauf» und Schlaghandel mit einem offenen Messer so verwundet zu haben, daß derselbe infolge dessen gestorben ist? so wie die zweite Frage: Ist der Angesklagte ferner schuldig, den J. G. in N. mit gleichem Messer verwundet zu haben? beantworteten die Geschwornen mit "Ja"; die dritte Frage dann: Ist J. B. schuldig, in diesem Raushans del den G. S. geschlagen und am Körper verletzt zu haben? wurde von den Geschwornen ebenfalls mit "Ja" beantwortet; hingegen verneinten dieselben die Frage, ob der Angeklagte B. von seinem Gegner mit Werken so weit gereizt und angetries ben worden sei, daß er zu Beschirmung seiner Ehre und seisnes Leibes den Gegner hätte mißhandeln müssen, erklärten aber, daß mildernde Umstände vorhanden seien.

Auf diesen Wahrspruch hin verurtheilte der Assisenhof den J. Z. in Anwendung des S. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803 und der Art. 343, 365 und 368 St. B. correktionell zu 40 Tagen Einsperrung, zu 2 Jahren Kantonsverweisung, so wie zu einer Entschädigung von Fr. 30 an G. S. und solie darisch mit den übrigen Mitangeklagten zu Bezahlung der Kosten.

II. Unterm 29. Juni 1855 reichte nun J. Z. gegen jes nes Urtheil, so viel es ihn betrifft, ein Cassationsgesuch ein und stellte ben Antrag:

Es sei nach Anleitung des S. 491 St. B. gestütt auf ben Wahrspruch ber Geschwornen und in Anwendung der Sat. 3 Fol. 498 der Gerichtssatz. in Verbindung mit dem Emolusmententarif vom 14. Juni 1813 der Gesuchsteller J. Z. mit einer möglichst geringen Buße und Leistung zu bestrafen, und

ber Staat zu den Kosten bieses Caffationsgesuches zn verure theilen.

Dieser Untrag suchte der Petent im Wesentlichen mit fol-

genden Unbringungen ju unterflügen :

Der Assisenhof habe gegen ihn, gestütt auf den Wahrsspruch der Geschwornen in Anwendung des S. 2 der Verordsnung vom 27. Juni 1803, SS. 343, 365 und 368 St. V. die angegebene Strafe ausgesprochen. Durch dieses Erkenntsniß sei aber das Strafgeset falsch angewendet, denn nach Mitzgabe des S. 2 der soeben angerusenen Verordnung vom 27. Juni 1803 seien bloß diesenigen Vergehen, über welche im peinlichen Gesethuche und in der bernischen Gerichtssatzung keine bestimmte Vorschrift ausgestellt sei, entweder nach ältern in Kraft gebliebenen Ordnungen, oder aber, wenn deren keine vorhanden sein sollten, nach dem Ermessen des Richters zu bestrafen.

Nach dem Wahrlpruch der Geschwornen sei er der Mißhandlung an S. schuldig erklärt. Diese Mißhandlung sei aber
eine höchst geringfügige, was sich deutlich aus dem Arztzeugnisse, sowie aus dem Umstande, daß keine Arbeitsunfähigkeit
eingetreten sei, und endlich daraus ergebe, daß die Civilpartei
eine Entschädigung von nur Fr. 50 verlangt und ihr der Assisenhof auch bloß Fr. 30 zugesprochen habe.

Für ein solches Vergeben sei einzig und allein die Sat.

3 Fol. 498 ber bern. Gerichtsfagung :

"Wer in zornigem Muth, es sei mit bewaffneter ober "unbewaffneter Hand, jemanden blutruns macht ober "verwundet, der soll zwanzig Pfund Buße bezahlen und "6 Monat leisten," —

anwendbar. Dadurch, daß der Assischnof nicht diese Gesetzestelle, sondern den S. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803 angewendet, habe er sich der falschen Gesetzesanwendung schulzdig gemacht.

Der Affisenhof habe übrigens auch die von den Geschwornen angenommenen mildernden Umstände gar nicht berücksiche tigt. Diese seien aber nach dem Wahrspruck vorhanden und muffen auch die durch die angerufene Sap. Fol. 498 der Gestichtsfapung vorgeschriebene Strafe mildern, was nach Anleistung des Emolumententarifs vom 14. Juni 1813 erster Theil, 6. Titel, S. 6 zu geschehen habe.

Nachdem der Anwalt des Petenten am Verhandlungstage die sachbezüglichen Anträge gestellt und begründet und der Generalprokurator seinen Antrag auf Abweisung des Gesuches
ebenfalls des Nähern beleuchtet, hat

#### ber

# Appellations = und Caffationshof in Betrachtung:

- 1) daß nach dem Wahrspruche der Geschwornen der Ungeklagte J. Z. schuldig erklärt wurde, den G. S. in einem Raufhandel geschlagen und am Körper verlett zu haben;
- 2) daß in der daherigen, von den Geschwornen mit "Ja" beantworteten Frage ausdrücklich Bezug genommen wird auf densenigen Rauf» und Schlaghandel, in welchem nach Frage I. und II. durch den Mitangesschuldigten P. W. eine Tödtung und eine Verwundung durch Messerstich begangen worden ist, und daß überhaupt für die Strafanwendung das Verdict der Geschwornen in seinem ganzen Zusammenhange und nicht nur in einzelnen abgerissenen Beziehungen zu dem einen oder andern Angeklagten aufzufassen ist;
- 3) daß somit nach der angegebenen Qualifikation des Straffalles auch in Bezug auf J. Z. keine ganz einstade und gewöhnliche Körperverletzung vorliegt, wie sie in der von ihm angerufenen Sap. 3 Fol. 498 der Gerichtssatung vorausgesetzt wird, übrigens nach dem Wahrspruche auch nicht angenommen werden kann, daß eine fernere Voraussetzung für die Unwendbarzteit dieser Satung, nämlich die, daß der Angeklagte die Mißhandlung in zornigem Muth (Affect) beganzgen habe, vorhanden sei;
- 4) daß aber für bedeutendere Mighandlungsfälle die Straf.

anwendung (nämlich die Art und das Maß der Strafe), bereits durch die Gerichtssazung in das Ermessen der urtheilenden Behörde, damals des Kleinen Nathes, gestellt wurde (Saß. 5 und 6 Fol. 499 und Saß. 10 Fol. 501 in fine);

- 5) daß die spätere Verordnung vom 27. Juni 1803 in Art. 2 die jetigen Gerichte ebenfalls anweist, dies jenigen Vergehen, für welche kein Gesetz die Strafe ausdrücklich bestimmt, nach ihrem Ermessen zu bes strafen;
- 6) daß folglich in der Allegation des Art. 2 der anges führten-Verordnung keine falsche Gesetzesanwendung liegt;

#### erfennt:

- J. Z. ist mit seinem Cassationsgesuche abgewiesen, unter Kostensfolge.
- 2. Nevisionsgesuch des S. H. gegen ein von der Polizeistammer am 9. Juni 1855 ausgefälltes Urtheil.
  (Urtheil vom 6. August 1855.)

Durch Urtheil vom 9. Juni 1855 erklärte die Polizeikams mer des Appellations, und Cassationshoses, gestütt auf die in demselben angegebenen Motive, den S. H. des Betruges mittelst Leistung eines falschen Handgelübdes zum Nachtheile der Schweizerischen Mobiliarversicherungsgesellschaft schuldig und verurtheilte denselben correktionell zu einer achtmonatlichen Verweisung aus dem Kanton Bern, zu einer Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit von gleicher Dauer, zur Rückvergütung der von der Mobiliarversicherungsgesellschaft empfangenen Entschädigung, zu Bezahlung der Hatersuchungskosten, zu den Kosten der Weitersziehung und zu denzenigen an die Civilpartei. In dem diesem Urtheile zu Grunde liegenden Mostive hob das Gericht im Wesentlichen die nämlichen Schuldins diesen gegen H. hervor, die bereits vom Generalprokurator in

seinem schriftlichen Antrage vom 27. März 1855 angegeben worben.

S. H. reichte hierauf dem Appellations, und Caffations, hofe ein vom 18. Juli 1855 datirtes Revisionsgesuch ein und stellte in demselben den Antrag: Es möchte der Appellations, und Caffationshof in Aushebung des von der Polizeikammer am 9. Juni 1855 gegen den Impetranten ausgesprochenen Urtheils den vorliegenden Fall dem erstinstanzlichen Gerichte zur neuen Beurtheilung überweisen.

Bu Begrundung biefes Untrages machte ber Petent S. namentlich geltend : Es feien Die bem Urtheile ber Polizeifammer vom 9. Juni 1855 ju Grunde liegenden Schuldindicien ju einer Berurtheilung nicht hinreichend gewesen, fondern es batte vielmehr auf Grund berfelben eine Freisprechung erfol-Nachdem der Petent die Motive zu dem fragli= gen follen. chen Strafurtheile einer weitläufigen Rritit unterworfen, behauptete berfelbe im Fernern: Nach Art. 502 Biff. 2 St. 2. fet bas Rechtsmittel ber Revision ftatthaft, wenn ber Berurtheilte fpater neue Indicien entbede, welche geeignet feien, feine Freisprechung herbeizuführen. Das Wort "fpater" beziehe fich nun aber offenbar auf bie Beit nach Ausfällung bes Urtheils und es muffe infolge beffen bem Ungeklagten refp. Berurtheilten, ber erft aus bem rechtsfraftig geworbenen Strafurtheil erfeben konne, welche Indicien diefem Urtheile gu Grunde gelegt worden und welche Folgerungen bas Bericht aus ben vorliegenden Thatsachen gezogen habe, bas Recht zugestanden werden, feine Folgerungen und Indicien, die er aus den der Unflage und dem Urtheile ju Grunde liegenden Thatsachen giehe, als neues Indicium im Sinne bes Art. 502 Biffer 2 hervor zu heben, falls folche ein freisprechendes Endurtheil begründen würden.

> Der Appellations= und Cassationshof hat auf den Antrag des Generalprokurators in Betrachtung:

daß nach Art. 502 Ziffer 2 St. B. der Verurtheilte die Re-

lassung bes Strafurtheils) neue (b. h. ihm früher nicht bekannt gewesene) Indicien entdeckt, welche geeignet find, feine Freisprechung herbeizuführen;

- daß nun aber in dem Revisionsgesuche des H. feine solchen neuen Indicien angerufen oder producirt werden, sondern die vorgebrachten Gründe lediglich dahin tendiren, die dem Urtheile der Polizeikammer zu Grunde liegenden Schuldindicien als ungenügend und unstichhaltig darzusstellen;
- bag bie Behauptung bes Gesuchstellers, er habe erft aus bem rechtsfräftig gewordenen Urtheil erfeben, welche Indicien gegen ihn vorlagen, welche Folgerungen bas Gericht aus ben vorliegenden Thatfachen gezogen und welche Indicien bagegen er, ber Gesuchsteller, aus ben, ben Gegenstanb ber Unflage betreffenden Thatfachen, ju gieben habe, um biejenigen bes Endurtheils ju entfraften, einerseite unbehelflich und anderseits unrichtig ift, weil die für bie Schuld bes S. sprechenden Indicien bereits in dem Antrage bes Generalprofurators vom 27. Marg 1855 gufammenges ftellt fich befinden und in dem Urtheile ber Polizeifammer vom 9. Juni 1855 wesentlich bie nämlichen Schulbindicien geltend gemacht merben, somit S. nicht erft burch bas fragliche Urtheil, sondern bereits burch ben Untrag bes Generalprofurators an die Anklagekammer fich von ben wider ihn vorliegenden, belaftenden Thatfachen Renntnig verschaffen fonnte, und ihm freistand, bereits ber Unflagekammer mittelft Elnreichung eines Memorials bie gegen ihn vorliegenden Schuldindicien ju entfraften;

### erfennt:

S. H. ist mit seinem Revisionsgesuche abgewiesen und zu Bezah-

3. Revisionsgesuch bes P. Z. gegen ein vom Assischhofe bes III. Geschwornenbezirks am 26. Hornung 1856 ausgefälltes Urtheil.

(Urtheil vom 17. November 1856.)

Durch Beschluß ver Anklagekammer vom 22. Dezember 1855 wurde P. Z. in Folge der gegen ihn geführten Unterssuchung wegen Unterschlagung in Anklagezustand versetzt und den Assischen des III. Geschwornenbezirks überwiesen. Bei der am 26. Hornung 1856 vor diesen stattgehabten Hauptvershandlung erklärten die Geschwornen den Angeklagten Z. schulsdig, in seiner amtlichen Stellung als Vorsteher der Armenverspstegungsanstalt im B. durch wissentliche Nichtverrechnung bezogener Kostgelder und Kleidervergütungen zum Nachtheile des Staates eine Unterschlagung von über L. 100 a. W. begansgen zu haben, unter Annahme von mildernden Umständen, worauf gestütt der Assischen denselben zu I Monaten Einsperrung und überdieß zu drei Jahren Kantonsverweisung, so wie zu einer Entschädigung von Fr. 1100 an den Staat und zu Bezahlung der Kosten verurtheilte.

In der diesem Uriheile vorausgegangenen Untersuchung wurden namentlich auch die Bücher der erwähnten Verpfles gungsanstalt als: Journal, Monatrechnungen, Kaffabücher, Bordereaux 2c. benutt und dieselben lagen auch bei'r Hauptsverhandlung vor.

Um 27. Oftober 1856 reichte P. Z. beim Appellations und Caffationshofe ein vom 25. gl. Mts. datirtes Gesuch ein, dahin gehend: Es möchte diese Behörde das angeführte Urtheil auf dem Wege der Revision aufheben und die Einstellung der durch dasselbe gegen ihn ausgesprochenen Verweissungsstrafe erkennen.

Bu Begründung bieses Gesuches wurde im Wesentlichen angebracht: Er sei im Stande, den sichern Nachweis zu liesfern, daß der objektive Thatbestand der ihm durch jenes Urstheil zur Last gelegten Unterschlagung von circa Fr. 1200 nicht hergestellt sei, sondern daß alles was als Unterschlagung erscheine, auf einen von ihm begangenen Rechnungsirrihum

beruhe, indem er namentlich Beträge als bezahlt in's Einnehe men gebracht habe, die nie an ihn bezahlt worden und umgestehrt von ihm bezahlte und verrechnete Summen nicht in's Ausgeben gebracht habe.

Diese Behauptung suchte ber Petent gu begründen, inbem er eine Berechnung aufstellte, wonach ihm burch bie verschiedenen, von ihm begangenen Irrthumer ein Nachtheil von Fr. 1217. 07 erwachsen sei; als Beweismittel murden unter anderm angeführt : Die Bücher ber Staateverpflegungeanstalt im B. fowie verschiedene Schreiben von Gemeindsbehörden und Beamten, an die fich 3. um in ber obschwebenden Frage Aufschluß zu erhalten, gewendet hatte; überdieß murde behauptet, ber Petent habe, als er von ber gegen ihn angebrachten Rlage Renninig erhalten, nicht Gelegenheit gehabt, fich burch Nachschlagen ber Bücher über ben mahren Sachverhalt zu erfundigen, ebensowenig sei es ihm möglich gewesen, die seither gemachten Nachforschungen zu veranstalten und burch bie Un= tersuchung seien die verschiedenen angeführten Brrthumer, welche großentheils ihren Grund barin baben, bag er bie Buchführung theilweise durch Pfleglinge babe beforgen laffen muffen, nicht ermittelt worden, was er erft in Erfahrung gebracht, als es zu fpat gewesen sei, auf amtlichem Wege eine Aftenvervolls ftanbigung anzuordnen.

Die durch Vermittlung der Regierungsstatthalterämter eingelangten Schreiben der Gemeinden und Auszüge aus des ren Rechnungen seien ganz neue Indicien, welche unbedingt unter Ziffer 2 des Art. 502 St. 28. fallen.

Der Appellations und Cassationshof hat nun, auf den Antrag des Generalprokurators, in Betrachtung:

1) daß, wenn auch die Behauptung des P. Z., aus Irrsthum einerseits mehr Kostgelder als er wirklich bezosgen, im Einnehmen und anderseits zu wenig Kostgelsder- Rückvergütungen im Ausgeben verrechnet zu haben, richtig wäre, dieß bezüglich der Nichtverrechnung

- ber von ihm wirklich bezogenen Roftgelder für ihn feine Entlastungsthatsachen begründen fönnte;
- 2) daß aber dafür, daß einige der ihm als nicht verrechenet zur Last gelegten Rostgelder entweder von ihm nicht bezogen, oder im Kassabuch wirklich verrechnet worden seien, keine neuen Indicien beigebracht sind, indem die Bücher der Anstalt schon bei'r frühern Bershandlung und Beurtheilung des Geschäftes vorlagen, und die Bescheinigungen einiger Gemeindsschreiber über nicht erfolgte Bezahlung von Kostgeldern abgessehen, daß deren Aussteller damals vom Angeklagten als Zeugen hätten ausgeführt werden können, der Besweiskraft der von ihm selbst ausgestellten und bei'r Assischen Beweise keinen Eintrag zu thun vermögen;

erfennt:

Es ift P. Z. mit seinem Revisionsgesuche abgewiesen und zu Bezahlung ber durch dasselbe veranlaßten Rosten verurtheilt.

4. Cassation des erstinstanzlichen Verfahrens und Urtheils in einem Chescheidungsprozeß wegen Außerachtlassung der Vorschriften der §§. 45 und 283 P. (betr. das Interventionsrecht des Staates). (Civilurtheil vom 27. Juli 1855.)

Dr. S. in G. ließ seine Gemahlin E., geb. D. am 24. September 1853 gerichtlich zu Erfüllung ihres Ehegelübdes anhalten und dieselbe verurtheilen, gegen Vorschuß der nöthigen Reisekosten mit ihren Kindern zu ihm nach G. zu komsmen. Als dieselbe aber diesem Urtheil nicht Folge leistete, stellte Dr. S. am 25. November 1854 vor dem Amtsgerichte A. die Rechtsbegehren: 1) Es solle die zwischen Parteien bestehende Ehe gerichtlich aufgelöst werden; 2) die aus dieser Ehe vorhandenen Kinder J. und K. sollen dem Vater zur Erziehung übergeben werden. Auf das Ausbleiben der Beklagsten erklärte das Amtsgericht A. die zwischen Dr. S. und E.,

geb. D. bestehende She als aufgelöst, legte jedem der geschies denen Gatten eine einjährige Wartzeit auf, sprach den aus der She vorhandenen Sohn dem Chemanne S., die Tochter das gegen der Chefrau S. zur Erziehung zu und wies endlich die Parteien bezüglich allfälliger Streitigkeiten in Betreff des zusgebrachten Guts an den Civilrichter. Ueber den Entschädisgungs und Kostenpunkt wurde kein Entscheid gefaßt, da der Kläger daorts keine Anträge gestellt hatte.

Im Schlußverbal dieses Urtheils wurde zwar gesagt, dassselbe solle dem Regierungsstatthalteramte A. mitgetheilt werden, allein es ist aus den Aften in keiner Weise ersichtlich, daß die Chescheidungsklage und auch nicht, daß das so eben angeführte amtsgerichtliche Urtheil der betreffenden Behörde zu Handen des Staates mitgetheilt worden wäre.

Gegen dieses Urtheil erklärte Dr. S. die Appellation und zwar aus dem Grunde, weil ein Kind der Mutter zur Erzies bung zugesprochen worden.

Bei der Verhandlung in oberer Instanz stellten die Parteien gegenseitig ihre auf Abänderung des erstinstanzlichen Urtheils so weit es die Erziehung der Kinder betrifft, gerichteten Anträge, indem sie dieselbe des Nähern begründet.

Der Appellations: und Caffationshof hat in Betrachtung:

- 1) daß an die Stelle der früher vorgeschriebenen Revission der Ehescheidungsurtheile durch das Obergericht nunmehr zu Wahrung des in solchen Streitfällen obwaltenden öffentlichen Interesses das Interventionserecht des Staates getreten ist (Geset über die Organisation der Gerichtsbehörden vom 31. Juli 1847 und §. 45 P.);
- 2) daß, um in solchen Fällen die Möglichkeit, die Einwirstung der Staatsanwaltschaft als Organ des Staates zu sichern, der Gesetzgeber in den §§. 45 und 283 P. die ausdrücklichen kathegorischen Vorschriften aufgestellt hat, daß die Klage dem Regierungsstatthalter des Amtsbezirks, in welchem der Prozes geführt wird,

- zu Handen des Staates mitgetheilt und daß der gleischen Behörde auch der Termin zum erstinstanzlichen Abspruch auf amtlichem Wege zur Kenniniß gebracht werden solle;
- 3) daß diese Vorschriften, wenn anders der Zweck des Gesetzgebers bei Einführung des fraglichen neuen Instituts erreicht und die unbestreitbaren Nachtheile, die sonst mit dem Wegfallen der Revision verbunden wären, abgewendet werden sollen, strenge zu befolzgen sind;
- 4) daß übrigens bereits durch ein Kreisschreiben des Obergerichts vom 16. August 1852 den sämmtlichen Richterämtern des Kantons anbesohlen worden ist, die Vorschrift des S. 45 P. in Zukunft genau im Auge zu behalten, und namentlich die Prozestverhandlung nicht zuzulassen, bis der Kläger die Bescheinigung vorlege, daß die Klage dem Regierungsstatthalter zu Handen des Staates mitgetheilt worden;
- 5) daß dessen ungeachtet im vorliegenden Falle den prozedürlichen Aften nicht zu entnehmen ist, daß eine Mittheilung der Klage oder Anzeige des Abspruchtages an das Regierungsstatthalteramt A. stattgefunden habe;
- 6) daß somit die stattgehabte Prozesverhandlung im wesentlichen Beziehungen gesetzwidrig ist, und daß die Gerichte von Amteswegen darauf zu achten haben, ben, daß bei den vor ihnen stattsindenden prozessualischen Berhandlungen das gesetzliche Verfahren unter Wahrung der vorgeschriebenen Formen beobachtet werde (§. 65 P.);

## von Umteswegen

### erfennt:

- 1) Das in dieser Chescheidungssache erstinstanzlich statts gehabte Verfahren, so wie das darauf bezügliche Urstheil des Amtsgerichts von A. sind kassirt.
- 2) Die Roften find zum Saupigeschäfte suspendirt.

5. Abanderung eines erstinstanzlichen Chescheidungsurtheils, wegen Nichtbeobachtung der Vorschriften der Sat. 118 C. und weil außerdem daselbst angegebenen Grunde von den Parteien weder bestimmte noch unbestimmte Chescheidungsgründe, auf welche sich das Urtheil hätte stüten können, aktenkundig

gemacht worden waren. (Urtheil vom 7. Juli 1856.)

Unterm 12. April 1856 erschienen vor dem Amtsgerichte von G. die Cheleute G. B. und C., geb. U., Diese mit Sanben fie handelt. Der Chemann B. brachte im Wesentlichen an, feine Chefrau habe fich mit bem aus ber Che entstandes nen circa 4 Jahre alten Rinde vor vier Jahren von ihm entfernt und feither flets getrennt gewohnt. Alle gemachten freund= lichen Versuche, fie zu Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten anzuhalten, und fie zu bewegen, wieder zum flägerschen Chemann jurudzukehren, feien fruchtlos geblieben und ebenfo fei ber veranstaltete Gubneversuch vor dem Rirchenvorstande ohne entsprechendes Resultat geblieben, so daß unter den obwaltenden Umffanden ber langere Fortbestand bes zwischen diefen jungen Leuten bestehenden Chebandes nur unheilbringend fein fonne. Einer gerichtlichen Chescheidung entgegensehend habe ber fla= gerische Chemann mit der Beflagten unterm 12. April 1856 einen Vertrag abgeschlossen, worin fie fich über bas eheliche Bermogen, sowie über ben Entschädigungspunft, die Erziehung und Berpflegung bes aus ber Che vorhandenen Rindes, Die baberige Alimentation und die Roften ber Scheidung bereits geeinigt und ausgeglichen haben.

Auf diese Anbringen und die Sat. 118 gestütt verlangte der Chemann B. in den sachbezüglichen Rechtsbegehren die Trennung der zwischen ihm und C., geb. U. bestehenden Ehe.

Frau B. gab hierauf die Erklärung ab, daß die Anbrinsgen ihres Ehemannes richtig seien, daß sie aber den eigentlichen Grund des ehelichen Zerwürfnisses nicht des Nähern aus einsandersetzen wolle und daß sie auch ihrerseits die Trennung der Ehe, jowohl als die Genehmigung des geschlossenen Vertrages wünsche, sich somit den Schlüssen des Ehemannes unterziehe.

Das Amtsgericht von S. erklärte hierauf die Che zwisschen den Cheleuten B. als aufgelöst, bestimmte für jeden der Chegatten die Wartzeit auf ein Jahr und genehmigte den von Parteien geschlossenen vorangeführten Vertrag.

Gegen dieses Urtheil erklärte die Staatsanwaltschaft Namens des Staates, die Appellation und zwar aus Grund, weil:

- 1) kein anderer Scheidungsgrund vorliege, als die bösliche Verlassung Seitens der Chefrau B.;
- 2) nach Sap. 118 und ff. wegen böslicher Verlassung nicht sofort Trennung erfolgen dürfe, sondern der schuldige Theil vorerst zu Erfüllung des Ehegelübdes anzuhalten sei, und erst wenn dieß serfolglos bleibe, nach Jahresfrist Trennung der She verlangt werden könne;
  - 3) die vorliegende Scheidung als eine rein conventionelle erscheine, solche Scheidungen aber nicht zuläßig seien.

Der Staat erklärte, sich in oberer Instanz nicht vertreten lassen zu wollen. Ebenso erschienen laut einem Berichte des Gerichtspräsidenten von S. vom 1. Juli 1856 die einsgangsbezeichneten Eheleute B. bei dieser Amtöstelle und erstlärten ebenfalls, der oberinstanzlichen Beurtheilung über ihre Scheidungssache nicht beiwohnen zu wollen. Dieselben deposnirten bei diesem Anlasse nachträglich: Ein Grund zur Ehesscheidung liege darin, daß die Ehefrau dem Ehemann beharrslich den Beischlaf verweigert. Dieser Grund sei bisher aus Schamhaftigkeit nicht angeführt worden.

# Der Appellations= und Caffationshof hat in Betrachtung:

1) daß von Seite des Ehemannes B. als einziger Ehes scheidungsgrund geltend gemacht wird, die bösliche Verlassung der Chefrau und die beharrliche Verweisgerung derselben, zu ihm zurückzukehren, und ihre ehes lichen Pflichten erfüllen;

- 2) daß aber die für diesen Fall in der San. 118 und ff. vorgeschriebenen Vorkehren vom Chemann B. noch nicht getroffen worden sind;
- 3) daß bei dieser prozedürlichen Sachlage und da im Uebrigen weder bestimmte noch unbestimmte Ehescheisdungsgründe von ten Parteien aktenkundig gemacht und noch weniger bewiesen worden sind, das Gericht dermalen noch nicht die Ueberzeugung gewinnen kann, daß eine Trennung der fraglichen She nothwendig sei und den Rücksichten der Ehrbarkeit entsprechen würde;
- 4) daß dabei namentlich auf die zwischen den Parteien davrts abgeschlossene Uebereinkunft und auf das Einsverständniß der Ehegatten, daß die Scheidung ausgesprochen werde, keinerlei Rücksicht genommen wers den kann, indem conventionelle Chescheidungen durch aus unzuläßig sind und die Sat. 122 C. das Ehegericht ausdrücklich anweist, die Sache zu untersuchen und nach Eid und Gewissen dasjenige zu erkennen, was es unter den obwaltenden Umständen der Ehrbarkeit gemäß erachtet;
- 5) daß im vorliegenden Falle der Hoffnung Raum gegesten wird, es werde eine nachdrückliche Vermahnung an die Sheleute und namentlich an die Shefrau B. genügen, um die Sintracht und Verträglichkeit zwisschen diesen Shegatten wieder herzustellen und insons derheit die Shefrau zu Erfüllung ihrer Pflicht zurückzuführen;

in Abanderung des erstinstanzlichen Uriheils erkennt:

- 1) Der Chemann B. ist mit seinem Chescheidungsbegehren abgewiesen.
- 2) Die Cheleute B. und insbesondern die Chefrau B. sind nach Sat. 122 C. nachdrücklich zur Verträglich- feit ermahnt.

3) Die Kosten sind zwischen den Cheleuten B. wettgeschlagen.

П.

## Urtheile der Polizeikammer.

### 1. Veruntrenung.

Anwendung des Art. 2 der Verordnung vom 27 Juni 1803. (Urtheil vom 20. April 1855.)

Gestüßt auf eingereichte Anzeigen wurde gegen J. B. wegen Diebstahls und Unterschlagung eine Untersuchung eins geleitet, aus der sich im Wesentlichen folgendes ergab:

3m Marg 1852 fam 2B. bas erfte Mal gu Grn. B. als Postillon in Dienft. Gegen bas Ende feiner Dienstzeit von einem Jahre bemertte er, nach feiner Ungabe, an feinem Sa= tertrog im Stalle zu Berzogenbuchsee einen alten, ziemlich verrofteten, hohlen Schluffel. Bei Befichtigung besselben fiel ihm ein, es durfte derfelbe die Thure bes Rornhausbobens öffnen, in bem Br. B. seine Safervorrathe batte; er probirte bierauf biefen Schluffel, fonnte bamit wirklich die Thure öffnen und Beim Berichließen brebte er aber ben wieder verschließen. Bart ab, ben er nicht berausnehmen fonnte. Er ruttelte befis halb an ber Thure, bis ber Bart einwarts herabfiel. Um folgenden Morgen ging er mit orn. B. ins Rornhaus, um Safer zu faffen, und bei biefer Belegenheit fonnte er ben Schlüffelbart unbemerkt behändigen. Schon bamale hatte er bie Abficht, fich einen Schluffel jum Rornhaus ju verschaffen. Bald hierauf ging er mit orn. B. wieder in's Rornhaus, um Safer zu faffen; Letterer ließ etwas liegen und fanbte bann ben D., um es zu holen, welcher, biefen Unlag benugent, fich von bem rechten Rornhausschluffel einen Abbrud in Lehm verschaffte. Mit diesem Abbrud und bem Schluffelrohr begab er fich zu bem Schloffermeifter in R. und ließ bei bemfelben unter bem Borgeben, er habe am Schluffel feines Safertaftens

ben Bart abgedreht, an das bezeichnete Schlüffelrohr einen Bart nach dem Lehmabbrud machen. Während biefer Dienftgeit begab er fich vier bis fünf Male ins Rornhaus bas er mit dem nun erhaltenen Schlüffel öffnete, und behandigte gur Nachtzeit — jedes Mal zwei bis drei Biertel Hafer. Berbft 1853 als er bes Dienftes bei Grn. B. entlaffen murbe, nahm er ben nachgemachten Schluffel zum Kornhaus mit. 3m Berbst 1854 tam er neuerdings zu hrn. B. in Dienst als Postillon nach S. und brachte auch den ermähnten Schlüffel Gleich vom Diensteintritte an bolte er nun vermittelft bieses Schlüssels alle 4 à 5 Tage ober in etwas längeren 3mifchenraumen 2 bis 4 Biertel Safer aus dem Rornhause und zwar, wenn er nach M. den Postwagen führte, zur Tagesteit, und wenn er solchen nach R. führte, in der Nacht um eima 2 à 3 Uhr, bis zu seiner Dienstentlassung den 8. Hor= nung letihin. Den auf angegebene Beise behändigten Safer will er fammtlich ben Doftpferben bes orn. B. gefüttert und bavon feinen Rernen veräußert haben. Er will dieß gemacht haben, damit die Pferde fetter werden und er beffer bie Beit einhalten fonne, wenn er ben Doftmagen führe.

Im Frühling 1854 erhielt W. bestehender Uebung gemäß einen neuen Postillonofract, ben er mit fich in feine Wohnung nahm und bafelbst verbarg. Im Laufe bes Commers 1854 entwendete er bann bem bamaligen Beimagen Doftillon bes hrn. B., J. R., aus der Futtertenne gum Stalle des R. M. in S. einen ihm von Srn. B. zugeftellten Poftillons, frad. Er behändigte ben Schlüffel zum Stalle in einem bei bemselben befindlichen Tenfterloche, wo er, wie 2B. mußte, auf= bewahrt mar, begab fich vermittelft besfelben aus bem Stall, von wo er in die Futtertenne gelangen fonnte. Diefen Frad trug er bis ju feiner Dienstentlaffung und gab benfelben bann nebst andern Gegenständen auf dem Postbureau ab, wobei bann ber Rod fogleich als ber entwendete anerfannt und burch biefes die Untersuchung veranlagt murde; den neuen Postillons. rod, ben 28. im Frühling 1854 erhielt, beabsichtigte berfelbe mit fich fort zu nehmen und hatte ibn zu biefem 3mede bei Seite gelegt gehabt. Diefer wurde jedoch im Laufe der Unstersuchung behändigt.

Sr. B. brachte an : Es habe fein von ihm angestellter Postillon den Pferden mehr Safer füttern follen, als er ihm jeweilen eingemeffen ober habe einmeffen laffen. Da bie Pferbe, welche W. zu beforgen gehabt, immer fetter gewesen, als bie übrigen und er bieß einzig ber guten Beforgung von Seite bes 28. jugefchrieben habe, fo habe er biefem einen bedeutend größern Lohn gegeben, als jedem andern Postillon. Durch ben Safer, ben 23. mehr als die andern Postillone gefüttert, habe er nicht nur einen größern Lohn von feiner Geite erworben, fondern habe auch die Postwagen leichter zur gehörfgen Zeit seine Station führen können und baburch von ber Postverwaltung immer bie bochften und mehrften Prämien ober Trinfgelder erhalten, wodurch er ebenfalls größere Befoldung als jeder andere Postillon erhalten babe. Wie viel Safer ihm aus dem Kornhause entwendet worden fei, fonne er nicht angeben, ba er über benselben feine Buchhaltung geführt habe. Es fei indeß fehr wohl möglich, daß ihm mahrend bem angegebenen Zeitraum bei 100 Malter hatten entwendet worden fein fonnen, ohne bag er etwas bemerkt hatte, wenn nicht britte Perfonen gur nachtzeit öftere Jemanden und nament. lich ben 2B. bemerkt hatten in's Kornhaus gehen und vom Safer meggetragen, mas er erft in gang jungfter Beit vernommen babe; er icagt ben Safer per Malter auf Fr. 17 und ben Postillonerock, ben 23. mit fich fortnehmen wollte, auf Fr. 20.

W. gibt zu, daß er in Folge des Fütterns von mehr als dem ihm eingemessenen Hafer nicht nur fettere Pferde, sondern auch immer die mehrsten und höchsten Prämien erhalten habe, weil er die Zeit habe einhalten können, bestreitet jedoch die Behauptung, als habe er einen größern Lohn erhalten von Hrn. B., weil die ihm anvertrauten Pferde fetter gewesen seien als die andern, denn nur auf seine Reklamationen hin sei ihm von Hrn. B. der Lohn verbessert worden, der dann

allerdings mehr betragen habe, als der der andern Posillon. Er nahm die Schapungen an.

Es konnte nicht ermittelt werden, daß W. von dem gesstohlenen Hafer verkauft habe, obschon Hrn. B. ihn hiefür als verdächtig hielt, aber keine nähern Indicien angeben konnte.

W. will noch nie bestraft worden sein und ist nicht übel beleumbet.

Die Civilpartei, Dr. B., verlangte Enischäbigung und Roften.

Nachdem gegen das erstinstanzliche Urtheil sowohl von der Staatsanwaltschaft als von dem Angeschuldigten die Appellation erklärt worden, hat

# die Polizeifammer in Betrachtung :

- 1) daß der Thatbestand
  - a) ber Veruntreuung von Hafer jum Nachtheile bes hrn. B. in einem nicht ausgemittelten Quantum,
  - b) ter Veruntreuung eines Postillonsfracks im Werthe von 20 Fr. hergestellt,
- 2) daß J. W. der Urheberschaft dieser Vergehungen ges ständig und überwiesen ist;
- 3) daß demselben ein gewöhnlicher Grad böser Absicht zur Last fällt;
  - 4) daß auf die Strafzumessung einwirkt: schärfend die Concurrenz der Vergehungen und daß dieselben von einem Hausgenossen zum Nachtheil des Dienstherrn größtentheils zur Nachtzeit stattgefunden; milbernd das gegen die Restitution des unterschlagenen Postillonssfracks und der Umstand, daß, soweit rechtlich ermittelt ist. W. wenigstens den Hafer vollständig den Pferden seines Meisters fütterte und der erlangte Geswinn nur in dem erhöhten Lohne seines Meisters und

in den erhöhten Prämien der Postverwaltung bes stuhnd;

#### erfennt :

- 3. W. ist der Veruntreuung schuldig erklärt und in Anwens dung der Art. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1803 correktios nell verurtheil:
  - 1) gur ausgestandenen Saft.
  - 2) Zu einer achtjährigen Berweisung aus bem Kanton Bern.
  - 3) Bum Schadensersas, soweit berfelbe nicht bereits burch Restitution geleistet ift.
  - 4) Bu Bezahlung ber Roften.

### 2. Betrug.

Anwendung der Art. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1848.

Abweisung einer forideclinatorischen Einrede. (Urtheil vom 10. November 1855.)

Aus einer vom 12. Juli 1855 datirten Anzeige des J. R., Gemeindeammann zu W. und der daraufbin angehobenen Untersuchung ergibt sich im Wesentlichen folgendes:

Der Anzeiger K. reichte im April abhin als Gläubiger einer rechtlich betriebenen Forderung von Fr. 1036. 96 sammt Zinsausstand und Rosten gegen Ch. St. beim Richteramte L. ein Geltstagsbegehren ein, worauf der Gerichtspräsident von L. dem Schuldner am 26. April eine Frist bis 26. Mai 1855 ertheilte, um sich mit seinen Gläubigern gütlich abzusinden. Nachdem der Schuldner St. nach Ablauf dieser Frist noch einen ihm vom Gläubiger anberaumten Termin von 8 Tagen hatte nutzlos verstreichen lassen, wurde am 9. Juli 1855 der Geltstag über denselben richterlich verhängt, worauf am 14. gl. M. die gerichtliche Inventarisation stattsand.

I. Inzwischen hatte St. laut Raufbrief vom 25. Juni

1855 dem J. M. sein zu Gurmels gelegenes Heimwesen um den Betrag von . . Fr. 2250. — veräußert und auf Rechnung dieser Kaufsumme

bem Räufer . . . Fr. 724. 64

überbunden. Die Kaufrestanz von . Fr. 1825. 36 wurde als durch Baarzahlung getilgt erklärt und für dieselbe quittirt. In diesem Kaufbriese wurde der Besitzese und Nutenießungsanfang auf 12. März 1855 zurückgestellt.

II. Am 18. Mai 1855 hatte St. dem J. W. zu K. für auf diesen Tag schuldige, von Brodlieferungen herrührende Fr. 9. 95 das Korn ab einem Acker und für fernerhin bis zum Bestrage von Fr. 5. 75 zu lieferndes Brod, den Waizen ab eisnem Stück Land veräußert, jedoch so, daß er die veräußerten Früchte durch Bezahlung der Schuld bis 20. Juli wieder eisgenthümlich hätte an sich bringen können. W. sammelte das Getreide ein und wurde deshalb vom Massaverwalter im Geltsstage des St. aufgefordert, das Getreide der Masse zurückzuserstatten, welcher Aufforderung er jedoch keine Folge leistete.

St. gab ju, icon bei'r Beraugerung bes Beimmefens an M. von bem gegen ihn eingereicht gewesenen Geltstagsbegehe ren feine Renntniß gehabt zu haben und behauptete, der Raufer habe ibm die Raufrestang ber Fr. 1825. 36 unter verschiedenen Malen bezahlt. Die baberige Baarschaft habe er für Viftualien verausgabt. Im Laufe ber Voruntersuchung hatte St. anfänglich vorgegeben, M. habe ihm die Raufres ftang bei'r Berschreibung in Gegenwart bes Notar T. in Dt. bezahlt. Bald nachber änderte er feine biegfälligen Depositio= nen babin ab. M. habe bie Bezahlung theils vor Berichreibung bes Raufs, theits bei berfelben, theils nachher geleiftet. Auch habe M. feither bie Binfe bezahlt, bie er bei'r Berfchreis bung als bezahlt angegeben habe. Ferner habe ber Räufer feither Brandaffekurang-Steuern und einen Bader, Conto auf Rechnung ber Raufrestang bezahlt. Die Raufsumme sei wegen des Nachbarzuges fo boch gestellt worden. Spezielle Ausrech= nung habe er mit M. feine getroffen. St. ift auch geständig,

bem Bäcker W. das Korn und ben Waizen ab den fraglichen zwei Aeckern veräußert und sein daheriges Guthaben der Masse verschwiegen zu haben.

Der Angeschuldigte M. behauptete nicht gewußt zu baben, daß St. jur Zeit bes Raufabichluffes bereits im Gelts= tage gelegen fet. Auch er behauptet, bie fragliche Raufrestanz ber Fr. 1825. 36 bezahlt zu haben und zwar vor Berfchreibung bes Raufes. Er habe nämlich bem St. Viftualien geliefert und Schulden und Steuern für benfelben bezahlt, mas fich zusammen auf eirea Fr. 280 belaufe. Von biefen an Bablungestatt gemachten Abtragungen bat M. burch Zeugniß bes Bice-Prafidenten bes Bermaltungerathes von Gurmels nur einen Betrag von Fr. 31. 71 als burch ihn bezahlt bescheinigt. Ueberdieß will M. dem St. den gangen Sommer hindurch baares Geld vorgestredt und fobann noch bei'r Berfchreibung Fr. 50 bezahlt haben. Bei'r Stipulation bes Vertrages habe man blog Fr. 50 fteben laffen, für ben Fall nämlich, baß noch etwas Unvorhergesehenes bezahlt werden mußte; Diese stehen also allein noch bem St. zu. In dem ersten, burch ben Untersuchungerichter von D. am 20. Juli 1855 mit M. vorgendmmenen Berbore gab berfelbe ju, fein Bermogen gu besiten, behauptete jedoch, mit feiner Arbeit viel verdient zu haben, so bag er immer etwas Geld gehabt habe.

Der in der Sache ebenfalls abgehörte P. T., Notar zu M. machte bezüglich der erwähnten Kaufrestanz folgende Despositionen: M. habe in seiner Gegenwart das Geld für die rückftändigen Zinse erlegt, wie viel, könne er jedoch nicht sasgen; außerdem habe er in baar und als noch schuldige Resstanz an St. Fr. 30 bezahlt.

Der Beklagie St. ist laut Zeugniß bes Gemeinderaths von D. vom 22. Juli 1855 nicht am besten beleumbet. Dagegen lautet das vom 24. Juli 1855 datirte Leumundszeugniß für M. günstig. Strafurtheile liegen gegen St. keine vor.

Die Angeschuldigten M. und St. erklärten die Appellation über das erstinstanzliche Urtheil. Bei der Verhandlung in oberer Instanz stellte J. M. den Antrag: Es sei das Urtheil des Amtsgerichts &. als von einem incompetenten Gerichte gefällt aufzuheben.

Die Staatsanwaltschaft und die Civilpartei schlossen auf

Abweisung biefes Untrages.

### Die Polizeikammer hat ansehend die Vorfrage in Betrachtung:

daß durch Enischeid der Anklagekammer vom 25. August 1855 die bernischen Gerichte als die zu Untersuchung und Besurtheilung des vorliegenden Straffalles zuständigen ersklärt worden sind;

in Unmendung bes Urt. 312 St. 2.

#### erfennt :

Der Angeschuldigte M. ist mit seiner forideclinatorischen Eins rede abgewiesen und zu den Kosten dieser Vorfrage verfällt.

# In der Hauptsache, in Betrachtung:

daß der Thatbestand folgender, jum Nachtheile der Geltstagsgläubigen des Ch. St. gereichenden Betrugshandlungen hergestellt ist:

1) Rechtswidrige Veräußerung von Früchten an J.

2B. nach bereits anbegehrtem Geltstag;

2) Abschließung eines Raufes zwischen St. und J. M. um ein dem erstern zuständig gewesenes Heims wesen zu G., wodurch die Gläubiger des Verkaus fers benachtheiligt worden sind;

daß St. der ersteren Betrugshandlung unbedingt geständig ist; daß ferner St. der letteren Betrugshandlung dadurch überswiesen ist, daß er den Kauf mit M. zu einer Zeit absschloß, wo der Geltstag bereits gegen ihn anbegehrt worden war, er somit nach Art. 598 V.-V. nicht mehr besrechtigt war, über sein Vermögen zum Nachtheile seiner Gläubiger zu verfügen;

daß dagegen M. der Gulfeleiftung bei dem letteren Betruge

im Sinne bes Art. 4 bes Gesetzes vom 26. Mai 1848 nicht überwiesen ist;

bag bem Ch. St. Die bose Absicht in einem gewöhnlichen Grade zur Last fällt;

daß weder besondere Milderungs noch Schärfungsgründe vor- liegen;

in Anwendung der Art. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1848

#### erfennt :

- 1) Ch. St. ift des Betruges zum Nachtheile feiner Gelts. tagsmaffe schuldig erflärt und correctionell verurtheilt:
- 2) Bu einer sechsmonatlichen Einsperrung und zu einer zweisährigen Einstellung in den bürgerlichen Ehrensfähigkeit.
- 3) Bu Bezahlung ber Roften.
- 4) Der Vertrag zwischen St. und J. W. v. d. 18. Mai 1855 ist nichtig erklärt.
- 5) In Betreff des Antrages der Civilpartei, insoweit er sich auf Nichtigkeit des Kaufsvertrages zwischen Ch. St. und J. M. bezieht, ist der Geltstagsmasse des Ch. St. vorbehalten, gestützt auf das Conkordat vom 7. Juni 1810, bestätigt den 8. Juli 1818 ihre Rechte vor den freiburgischen Behörden geltend zu machen.
- 6) St. ist überdieß zum Schadensersatz verurtheilt gegensüber seiner Geltstagsmasse, insoweit dieser nicht burch Nichtigerklärung des Kaufs zwischen ihm und W. gesteistet werden sollte.
  - 7) J. M. ist bagegen von der Anklage auf Hülfeleistung freigesprochen, jedoch in Anwendung bes Art. 343 St.-B. ohne Entschädigung.
- 8) Betreffend J. W. hat es bei dem erstinstanzlichen Urstheile sein Bewenden. (In diesem wurde W. freigessprochen, jedoch ohne Entschädigung; alsbann wurde ihm die Verpflichtung auferlegt, das empfangene Korn oder den Gegenwerth desselben an die Geltstagsmasse des St. zu restituiren.)

# 3. Widerhandlung gegen die Concession der Landschaft Oberhaste

vom 2. September 1797 und 21. November 1803, betreffend die Sömmerung von Vieh auf den Dberhasle-Alven.

(Urtheil vom 6. Dezember 1855.)

Der Gemeinderath von Gadmen reichte dem Regierungsstatthalteramte Oberhasle im Juli abhin eine Anzeige im Wesentlichen folgenden Inhalts ein: A. G. zu Wasen, Kantons Uri, Eigenthümer des größten Theils der in der Landschaft Oberhasle gelegenen Steinalpe, habe schon mehrere Jahre und namentlich auch im verstoffenen Frühling entgegen der am 2. Herbstmonat 1797 von Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern der Landschaft Oberhasle ertheilten Concession, sein im Kanton Uri überwintertes Vieh auf die fragliche Alpe treiben lassen.

Durch die fragliche Concession sei es jedem bei einer Buße von 9 Kronen von jeder Ruh untersagt, Vieh, das nicht in der Landschaft Oberhaste und nicht mit dort gewachsenem Futter überwintert worden sei, auf die Alpen der Landschaft zu treiben. Am 21. November 1803 set diese Concession von Schultheiß und Rath des Kantons Bern erneuert und die Buße von 9 Kronen auf Fr. 16 herabgesetzt worden. Bei der am 24. Juni 1843 durch den Großen Rath erfolgten Aufhebung des Statutarrechtes der Landschaft Oberhaste sei ausdrücklich verordnet worden, daß die fragliche Concession wegen Sömmerung des Viehes auf den Oberhastealpen auch ferner in Kraft verbleiben solle.

Der Beklagte A. G. gab zu, im Sommer 1855 20 Kühe, 4 Jährlinge und 90 Schafe, die nicht in der Landschaft Obershasle überwintert worden seien, auf der Steinalpe gesömmert zu haben; er behauptete jedoch, der Ansicht gewesen zu sein, daß die fragliche Concession durch die Kantonalverfassungen von 1831 und 1846, sowie durch die Bundesverfassung von 1848, namentlich aber durch die Gesetze vom 24. Juni 1843

und 16. März 1853 aufgehoben worden sei; er trug auf

Freisprechung und Buspruch einer Enischädigung an.

Das Amtsgericht von Oberhaste verurtheilte hierauf unsterm 12. November 1855 ben A. G. zu einer Buße von Fr. 100, sowie zu Bezahlung der Kosten. Unterm 20. gl. Mis. erklärte berselbe die Appellation über dieses Urtheil.

# Die Polizeikammer hat in Betrachtung:

- daß es zufolge Concession von Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern vom 2. September 1797, bestätigt den 21. November 1803 unter Androhung von Buße untersagt ist, Vieh, das nicht in der Landschaft Oberhaste und nicht mit dort gewachsenem Futter überwintert worden ist, auf die Alpen, Allmenden und Weiden zur Sömmerung zu treiben;
- baß das Drefret des Großen Rathes über die Aufhebung des Statutarrechts in der Landschaft Oberhaste vom 24. Juni 1843 im Art. 2 ausdrücklich bestimmt, daß diese Aushesbung die fragliche Concession nicht in sich begreife, dieselbe gegentheils auch ferner in Kraft verbleibe, insomeit sie nicht durch allgemeine Gesetze aufgehoben sein möge;
- baß aber die fragliche Concession weder mit der Berfassung und den Gesetzen des Bundes noch mit der Verfassung und den allgemeinen Gesetzen des Kantons im Widerspruch steht, indem
- 1) die fragliche Concession für Kantonsbürger gerade so gut wie für Bürger anderer Kantone Necht und Resgel macht, sie somit keinerlei Vorrecht zu Gunsten der erstern begründet und ebensowenig das freie Niederlassungsrecht beeinträchtigt und
- 2) eine neue Bestätigung dieser Concession nach Mitsgabe des Geseyes vom 16. März 1853 Art. 3, nicht nothwendig war, indem die Bestimmungen dersselben offenbar in die Categorie von polizeis lichen oder landwirthschaftlichen Vors

schriften gehören, welchen die Bedeutung von Ges wohnheitsrechten oder Ortsgebräuchen zukömmt und welche auch in Zukunft die ihnen als solche zustommende Geltung behalten;

- daß A. G. geständig ist, der fraglichen Concession entgegenges handelt zu haben, indem er zugiebt, letten Sommer 20 Kühe, 4 Jährlinge und 90 Schafe auf die Steinalp gestrieben zu haben, welche nicht in der Landschaft Obershaste oder an daselbst gewachsenem Futter gewintert wors den;
- daß jedoch demselben die bose Absicht nur in geringerem Grade zur Last fällt, und mildernd in Betracht kömmt, daß er in der Beglaubniß gestanden zu sein scheint, die fragliche Concession bestehe nicht mehr in Kraft;

### erfennt :

- A. G. ist der eingeklagten Widerhandlung schuldig erklärt und in Anwendung der Concession von Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern vom 2. September 1797 (bestätigt den 21. November 1803) und des S. 6, Seite 20 des Emoslumententarifs von 1813 polizeigerichtlich verurtheilt:
  - 1) ju einer Bufe von Fr. 100 und
  - 2) ju Bezahlung der Roften.
- G. beschwerte sich über vorstehendes Urtheil der Polizeifammer bei dem Bundesrathe, indem er wesentlich folgende Gründe geltend machte:

Refurrent habe im Jahr 1849 im Oberhaste die Alp zum Stein gekauft, um neben der Gastwirthschaft am Sustenpasse die Alpenwirthschaft zu betrieben und sein in Wasen besindliches Vieh dort zu sömmern. Das Eigenthum sei ihm von der Behörde ohne alle Beschränkung zugefertigt worden. Nach mehrjähriger Benutzung sei er im Jahr 1855 vom Amtsgerichte Oberhaste bestraft worden, weil er, entgegen einer Verordnung vom 2. September 1797, sein im Kanton Uri überwintertes Vieh auf der Steinalpe gesömmert habe. Dieses Urtheil sei auch in zweiter Instanz bestätigt worden, im Wiberspruch mit ber kantonalen Gesetzgebung, welche jene Verordnung aufgehoben habe, und mit den Grundsäten der Bundesverfassung.

Eine freie Niederlassung und Gewerbsausübung (Art. 41 der Bundesverfassung) bedinge die Benutung der zum Gewerbsbetriebe nothwendigen Geräthschaften und Zuthaten, wozu bei der Alpenwirthschaft auch der Biehstand gehöre. Man könne daher nicht eine dem Lande unschädliche Gewerbsausübung unter dem Vorwande polizeilicher Vorschriften unsmöglich machen. Das geschehe aber durch das Verbot, auch gesundes Vieh auf eigenen Alpen zu sömmern; und diese Grundstücke werden werthlos für den Rekurrenten, wenn er nicht sein eigenes Vieh, das er in Wasen überwintere, dortshin führen könne. Diese Beschränkung des Eigenthums versstoße um so mehr gegen die freie Gewerbsbetreibung, als die Steinalpe nicht eine Gemeinds, sondern eine Privatalpe sei.

Die Verordnung vom Jahr 1797 widerspreche auch dem Grundsate freien Handels und freier Eine, Ause und Durche fuhr (Art. 29 der Bundesverfassung). Die Einfuhr höre von selbst auf, wenn das kantonsfremde Vieb auf den Alpen nicht gesömmert werden dürfe. Die polizeilichen Maßregeln dürfen nicht ein allgemeines Verbot der Sömmerung fremden Viehes enthalten, weil dadurch auch gesundes Vieh ausgesschlossen werde.

Endlich verstoße jene Verordnung auch gegen das Prinzip der Gleicheit vor dem Gesetze und der Aufhebung der Borrechte des Orts und der Personen, welches nicht nur auf politische Gleichheit, sondern auch auf gleiche Behandlung in Verkehr, Niederlassung und allen Verhältnissen des Lebens bezogen werden müsse. Jenes Verbot enthalte nun aber ein Vorrecht zu Gunsten des Oberhaster Viehes oder der Besitzer desselben. Die Einwendung, daß auch die Kantonsbürger von der Verordnung betroffen werden, sei nur scheindar richtig. Da nämlich der Richter nur auf Klage der verletzen Partei einschreite, diese aber gegen Landesangehörige nie klagend aufstrete, so haben nur Nichthaster unter der Beschränfung zu

leiden. Eine Menge fremden Viehes werde auf Oberhaster-Alpen gesömmert, ohne daß die Eigenthümer (Bürger von Oberhaste) verzeigt oder gestraft werden. Die fragliche Verordnung bezwecke mithin nur die Vertreibung der im Oberhaste angesessenen Nichthaster. Das Gesuch gehe daher auf Aushebung des Urtheils der Polizeikammer des Kantons Bern.

Die Landschaft Oberhaste ließ durch ihren Anwalt gegen biese Beschwerde im Wesentlichen Folgendes bemerken:

Die Berordnung vom Jahr 1797 fet nur die Bestätigung eines Gewohnheiterechtes; fie fei in ber Landschaft immer befolgt, vom Obergerichte burch Urtheil vom Jahr 1839 und felbst vom Großen Rathe durch Beschluß vom Jahr 1843 als in Rraft bestehend erflart worden. Unrichtig fei, daß fie nur gegen frembe Niebergelaffene angewendet werbe, wie aus bem beigelegten Bugenrodel ersichtlich fei. Das Recht ber freien Riederlaffung und Gewerbsbetreibung fei nur mit ber Beidrantung garantirt, bag bie Gefete und Verordnungen maßgebend feien. Der Riebergelaffene folle gwar bem Rantons. burger gleich, nicht aber beffer als biefer gestellt fein. verstanden, widerspreche die Bundesverfaffung jener Berords nung nicht, sondern bestätige fie. Uebrigens fei die Behaup= tung, daß die Niederlaffung bort unmöglich gemacht werde, eine ftarte Uebertreibung; benn nicht nur fonne ber Refurrent bort wohnen und jeden Beruf ausüben, sonbern er fonne auch die Alpe benuten, indem er fie entweder verpachte ober eigenes Bieb barauf treibe, bas im Lande überwintert merde.

Der Art. 29 ber Bundesverfassung enthalte nur die Conssequenzen der Bestimmungen über das Zollwesen (Art. 23—32) und ein Verbot gegen die frühern gänzlichen Verkehrssabsperrungen zwischen einzelnen Kantonen. Die Verordnung vom Jahr 1797 verhindere nun in keiner Weise den Kauf oder Verkauf von fremdem oder einheimischem Vieh im Obershable und unterwerfe dasselbe bei der Eins, Aussoder Durchssuhr keinerlei Gebühr. Sehenso verhalte es sich mit dem ansgerusenen Art. 4 der Bundesverfassung, indem die Oberhassler kein Vorrecht besitzen, sondern der gleichen Beschränkung

unterworfen seien, wie der fremde Niedergelassene. Schließlich werde nach Art. 52 der bernischen Verfassung einer gesetzes benden oder administrativen Behörde das Necht bestritten, ein richterliches Urtheil zu kassiren, und daher auf Abweisung der Beschwerde angetragen.

# Der Bundesrath faßte hierauf, in Erwägung:

- 1) daß, wenn vorerft den Bundesbehörden die Competeng bestritten mirb, ein rechtsfräftiges, fantonales, gerichtliches Urtheil aufzuheben, Diese Ginrede in fo weit begründet ift, ale bie Bundesbehörden allerdings nicht competent fein fonnen, ein folches Urtheil, vom Standpunfte der fantonalen Gefetgebung aus, einer Rritif zu unterwerfen und zu entscheiden, ob diefelbe richtig ober unrichtig angewendet fei; daß aber nach ber Natur ber Sache, nach conftanter Praris und mehrfachen Entscheidungen der h. Bundesversammlung jene Competen; der Bundesbehörden eintritt, wenn über Berlepung von Bundesvorschriften oder Confordaten Beschwerde geführt wird, weil die Sandhabung berselben unter ber Aufsicht und Garantie ber Bundesbehörden fteht (Bundesverfaffung Urt. 90. Biff. 2 und Art. 74, Biff. 8 und 15) und weil bie Gerichte, in beren Geschäftsfreis ein Theil ber Bunbesvorschriften fällt, dieselben eben fo gut zu respeftis ren baben, ale andere Beborben;
  - 2) daß nun auf den ersten Abschnitt der Beschwerdeschrift, worin ausgeführt wird, daß die streitige Rathsversordnung vom Jahr 1797 nach bernischen Gesetzen nicht mehr in Kraft bestehe und daher nicht hätte ansgewendet werden sollen, nach Erwägung 1 nicht einzutreten ist, weil über diese Frage die bernischen Gerichte allein zu entscheiden competent sind;
  - 3) daß die Beschwerde über Verletzung verschiedener Artifel der Bundesverfassung durch die fragliche Ver-

ordnung und deren Anwendung nicht als hinreichend begründet erscheint:

- a) indem Art. 41, Biff. 4 die Gewerbsbetreibung und ben Erwerb von Liegenschaften ausdrudlich nur nach Daggabe ber bestehenden Gefete garantirt und lediglich verlangt, daß biefe ben Burger und Niedergelaffenen gleich behandeln. welches lettere in der betreffenden Rathsverorde nung offenbar ber Fall ift; indem ferner burch die ftreitige Berordnung die Niederlaffung bem Refurrenten feineswegs unmöglich wird, weil er, gang abgesehen von anderweitiger Benutung ber Alpe, g. B. burch Berpachtung, gerade durch eine Niederlaffung im vollsten Ginne bes Wortes, d. h. durch Uebersiedlung mit feinem gangen Befitthum und Biebftand in's Oberhaste zur unbeschränften Benugung ber Alpe befähigt wird;
- b) indem Art. 29 der Bundesverfassung sich nicht auf das Verhältniß der Niederlassung oder eisnes bleibenden Ausenthalts bezieht, sondern die Prohibition von Eins, Auss oder Durchsuhr, sowie den Bezug von kantonalen Gränzgebühsten aufhob, womit die Nathsverordnung von 1797 nicht im Widerspruche sieht, zumal sie nur das Sömmern von fremdem Vieh verbiestet, nicht aber die Abschaffung des nöthigen Futzters; um dem Vieh den Durchgang über die Gränze möglich zu machen;
  - c) indem endlich ebensowenig der Urt. 4 hier answendbar ist, weil ein Privilegium von Ortsschaften oder Personen im Sinne dieses Artistels, der gewiß nicht alle Statutarrechte einzelsner Landestheile aufheben wollte, nicht vorhanden ist, vielmehr alle Bewohner dieses Landess

theiles dem nämlichen Statute unterworfen find, bem fich Refurrent entziehen will;

4) daß, wenn endlich behauptet wird, diese Gleichheit vor dem Gesetze sei nur eine scheinbare, indem daß, selbe nur gegen Fremde angewendet werde, diese Beshauptung theils faktisch durch die Akten widerlegt wird, theils nicht geeignet ist, eine Intervention des Bunsdes zu motiviren, weil auch, wenn der gerügte Uebelsstand vorhanden wäre, der Grund davon theils in unzweckmäßiger Redaktion der Berordnung, theils in mangelhafter Bollziehung des Gesetzes liegen würde, gegen beides aber bei den competenten Behörden des Kantons Bern Abhülfe gesucht werden müßte;

den Beschluß:

Es fei ber Beschwerde feine Folge zu geben.

In dem Begleitschreiben, mit welchem diese Schlufnahme der Regierung von Bern zugesandt wurde, ward jedoch darauf hingewiesen, wie nahe das erwähnte Landesstatut von Oberhaste an das bundesrechtlich Unstatthafte anstreife, und zugleich auf einige aus dem kantonalen Rechte von Bern gezogene Gründe aufmerksam gemacht, um die Wünschbarkeit zu zeigen, daß ein solches Statut außer Kraft gesett werden möchte.

### 4. Holzschlagen ohne Bewilligung.

Anwendung des S. 1 der Polizeivorschriften vom 7. Januar 1824.

(Urtheil vom 26. April 1856.)

Auf eingelangte Anzeige, wegen unbewilligtem Holzschlag, wurde C. G. vom Richter einvernommer; terselbe deponirte: Es sei richtig, daß er in seinen Waldungen circa 34 Stücke Tannen habe schlagen lassen und verkauft habe; jedoch habe er diesen Holzschlag erst dann vorgenommen, als ihm Hr. Notar B., den er mit der Besorgung einer Holzschlagspublistation resp. Bewilligung rechtzeitig beauftragt, erklärt habe,

bie Sache sei in Ordnung, und dem Regierungsstatthalter zur Einsendung an die Forstbeamtung übergeben worden.

Hotar B. erklärte: G. habe seiner Zeit ihm Auftrag ertheilt, eine Holzschlagsbewilligung für 30 à 40 Stöcke auszuwirken, worauf hin er eine baherige Publikation erlassen. Da gegen dieses Vorhaben keine Oppositionen eingelangt seien, so habe er beim Regierungsstatthalteramte zu Handen der Forstdirektion ein Gesuch um Bewilligung dieses Holzschlages eingegeben, jedoch trop mehrmaliger Nachfrage weder die Beswilligung, noch einen Abschlag erhalten.

Der Regierungsstatthalter von S. dagegen erklärte, er habe die fragliche Holzschlagspublikation bewilliget, hingegen sei ihm von G. niemals ein Gesuch um eine Bewilligung des Holzschlages zugestellt worden; denn er versende solche Gessuche jeweilen sofort an die Forstdirektion und nehme davon in seinen Controllen Notiz, könne aber von einem Gesuche des G. in denselben keine Erwähnung finden.

Der Polizeirichter von S. sprach unterm 22. Hornung 1856 den C. G. von Buße frei, verurtheilte denfelben aber zu den Untersuchungskosten.

Gegen dieses Urtheil erklärte die Staatsanwaltschaft die Appellation.

# Die Polizeikammer hat in Betrachtung:

daß zufolge Urt. 1 der Polizeivorschriften über Holzschläge und Flößungen, vom 7. Januar 1824, allen Gemeinden und Rechtsamebesitzern verboten ist, Holzschläge zum Verkauf oder zum Holzhandel anzulegen, ehe und bevor sie die Bewilligung dazu erhalten haben;

partikularen einer solche Bewilligung ebenfalls bedürfen, insoweit als sie bie von ihnen anzulegenden Holzschläge zum Wegflößen aus dem Amtsbezirk, zum Holzhandel und zur Aussuhr aus dem Kanton bestimmt sind;

Daß biese Bestimmungen burch die Polizeivorschriften vom 26. Oktober 1853, S. 6 lit. b, 2. Alinea, nur insofern eine

Modifikation erlitten haben, daß für Holzschläge bis auf 10 Stöcke, auch wenn das Holz zur Ausfuhr aus dem Kanton bestimmt wird, keine Bewilligung, wohl aber eine Anzeige bei dem betreffenden Oberförster und zwar vor Anshebung des Schlages erforderlich ist;

daß C. G. geständig ist, eirea 34 Stöcke Tannen in seinen Waldungen und 59 Stücke Trämel an Holzhändler H. verkauft zu haben, ehe und bevor er die Bewilligung

bazu erhalten hatte;

daß die Berufung auf den vorangeführten S. 6 der Polizeis vorschriften vom 26. Oktober 1853 dem G. nicht zu staten kommen kann, weil er ein weit bedeutenderes Quanstum Holz geschlagen hat, als 10 Stöcke und zudem nicht ersichtlich ist, daß die vorgeschriebene Anzeige an den Obersförster gemacht worden sei, übrigens G. dadurch, daß er den Notar B. mit der Auswirkung einer Bewilligung beauftragte, selbst anerkannt hat, daß er einer Bewillisgung bedürfe;

baß indeß zu berücksichtigen ist, daß G. den Notar beauftragt hatte, in seinem Namen die erforderlichen Schritte zu

Erhaltung einer Bewilligung gu thun;

#### erfennt :

C. G. ist der Widerhandlung gegen die Polizeivorschriften vom

7. Januar 1824 fouldig erflart und in Unwendung bes S.

1 Diefer Borfdriften polizeigerichtlich verurtheilt :

zu einer Buße von Fr. 100 und zu Bezahlung der Kosften.

### 5. Forideclinatorische Ginrede

in einer Untersuchung wegen unrechtmäßigen Gebührenbezugs.

(Erfenntnig vom 1. Oftober 1856).

J. L., gewesener Amtsschreiber von R., reichte s. 3. dem Regierungsrathe des Kantons Bern eine vom 16. Juli 1855 das tirte Anzeige ein, worin er den Amtsgerichtsschreiber J. H. beschuldigte, in verschiedenen Liquidationen unrechtmäßige Gebühren bezogen zu haben. Bon Seite der Justizdirektion wurde hierauf, nachdem sowohl. D. ais Gerichtspräsident B. in der vorliegenden Sache Berichte eingereicht hatten, ein Untersuchungskommissär bestellt, welcher gestützt auf die von ihm geführte Untersuchung und in Umfassung des in seinem Berichte vom 16. April 1856 Angebrachten zu dem Schluß kam:

- 1) Amtsgerichtsschreiber H. habe sich in 19 Liquivatios nen, sowohl zum Nachtheil des Staates als zum Nachtheil der betreffenden Gläubiger des unrechtmässigen Gebührenbezuges schuldig gemacht im Betrage von Fr. 1227. 98.
- 2) Derselbe habe die Admittirung jener Kosten durch Mittheilung falscher Thatsachen an den Richter veranlaßt.
- 3) Die Rückvergütung der Stempelgebühr an den Staat, vermittelft nachträglicher Ausfertigung der in Rechenung gebrachten Anweisungstitel sei als Milderungsegrund anzusehen.

Infolge Beschlusses des Regierungsrathes vom 16. Mai 1856 übermitteltete die Justizdirektion durch Schreiben vom 19. gleichen Monats dem Regierungsstatthalteramt R. die das herigen Untersuchungsakten zur Kenntnisnahme und um geseen H. nach Vorschrift des Gesethuches über das Verfahren in Strafsachen (Art. 74) zu progrediren.

5. wurde durch den nämlichen Beschluß vom 16. Mai in der Ausübung seines Amtes eingestellt.

Hierauf wurde gegen denselben die Untersuchung in dem bezeichneten Sinne geführt und unterm 19. Juli 1856 vom Untersuchungsrichter die Voruntersuchung als geschlossen erstlärt und die Sache soweit sie von der s. 3. im Bericht des Gerichtspräsidenten von R. gemachten Zusammenstellung besichlagen wird, an das correktionelle Gericht überwiesen; im Uebrigen sei in dieser Sache auf dem Untersuchungswege nicht weiter zu progrediren. Zu diesem Beschluß erklärte der Bes

zirksprofurator des I. Geschwornenbezirks unterm 17. August 1856 seine Beistimmung.

Die erwähnte Zusammenstellung des Gerichtspräsidenten B. vom 15. Dezember 1855 stellt als Endresultat der gemacheten Nachforschungen auf, daß Amtsgerichtsschreiber H. in versschiedenen Liquidationen zusammen Fr. 1233. 73 unrechtmässig bezogen habe.

Un dem zur Hauptverhandlung bestimmten Termin vom 4. September 1856 stellte der Vertheidiger des Angeschuldigsten die Vorfrage auf: Es sei gerichtlich zu erkennen, das Amtsgericht R. als correktionelles Gericht sei nicht befugt, in der vorliegenden Sache zu urtheilen, unter Kostensfolge.

Diesem Antrage widersetzte sich die Civilpartei, mährend die Staatsanwaltschaft ohne einen bestimmten Antrag zu stellen, den Entscheid der aufgeworfenen Vorfrage dem Gerichte überließ.

Das Gericht wies den Amtsgerichtsschreiber H. mit der gestellten Vorfrage ab, unter Kostensfolge.

Wegen biefen Entscheid erflärte Letterer die Appellation.

# Die Polizeikammer hat in Betrachtung:

Daß nach Art. 43 der Gerichtsorganisation vom 31. Juli 1847 der Gerichtspräsident über alle Fälle zu urtheilen hat, deren Beurtheilung ihm das Gesetz überträgt;

bag nun nach Art. 11. fl. Theil VIII des Emolumententarifs von 1813 jede Ueberschreitung desselben resp: Wis derhandlung gegen denselben durch den Polizeirichter erlebigt werden soll;

daß im vorliegenden Falle nach der Lage der Aften angenoms men werden muß, das gegen H. eingeklagte Bergeben bilde eine Widerhandlung gegen den Tarif;

baß mithin die forideclinatorische Einrede des H. als begründet erscheint;

in Anwendung des Art: 36 P.

### erfennt:

Dem Appellanten S. ift ber Schluß feiner foribeclinatorischen

Einrede zugesprochen. Die Civilpartei ift zu den Rosten des Angeschuldigten verfällt. Die übrigen Rosten sind dem Staate auferlegt.

6. Verjährungseinrede in der nämlichen Untersuchung. (Erkenninis vom 31. December 1856.)

Infolge der soeben erwähnten Entscheidung der Polizeis kammer wurde in dieser Sache Termin zur Hauptverhandlung vor dem Polizeirichter bestimmt auf 27. November 1856. Un diesem Termine stellte der Angeschuldigte, Amtsgerichtssschreiber H., den Antrag: Es sei zu erkennen, die aus der ihm zur Last gelegten Polizeiübertretung entspringende öffentliche und Civilklage sei verjährt, unter Kostensfolge.

Bu Begründung Dieser Einrede wurde im Wesentlichen angebracht:

In der vorliegenden Untersuchung sei die erste Verfolgungsstandlung des damit gesehlich beauftragten Beamten, Regiesrungsstatthalter von K., am 19. Juni 1856, mithin 2 Jahre und 12 Tage nach der incriminirenden letten Tarifüberschreistung resp. überhaupt angeblich strafbaren Handlung des J. H. vorgenommen worden, und als Beweismittel die sachbesüglichen Liquidationsprotokolle vorgelegt. Aus diesen Protoskollen, so wie aus dem mehrerwähnten Bericht des Gerichtspräsidenten V. vom 15. Dezember 1855 geht hervor, daß die 18 Liquidationen, in Bezug auf welche H. der Wiverhandlung gegen den Tarif angeschuldigt ist, in den Jahren 1851 bis 1854 vollführt worden und die richterlichen Moderationen der daherigen Kostensnoten erfolgt sind wie folgt:

- 1. am 31. Jenner 1852.
  2. " 25. Maí "
  3. " 21. Apríl "
  - 4. ,, 5. Juni
  - 5. " 8. Juli "
    - 6. ,, 24. ,, ,,
- 7. " 28. Dezember "

8. am 19. Juni 1853.

9. " 12. Juli

10. " 25. August

11. " 12. October

12. " 15. Geptember "

13. " 2. August

14. " 24. September "

15. " 28. Juli

16. " 19. März 1854.

17. " 19. Mai

18. " 7. Juni

Im Fernern verlangte J. H. eventuell, daß die f. Z. gegen ihn ausgesprochene Einstellung in seiner Beamtung als Amtsgerichtsschreiber aufgehoben werde.

Die Staatsanwaltschaft schloß auf Abweisung der Berjährungseinrede sowohl als des zweiten Antrages.

Der Vice: Gerichtspräsident von R. wies dann auch den Angeschuldigten mit der Verjährungseinrede ab, unter Gusspension der Kosten zur Hauptsache.

Gegen biefes Urtheil erflärte 3. S. bie Apellation.

Dierauf reichte alt-Amtschreiber L. dem Untersuchungsrichteramte R. zu Handen der Polizeikammer des Appellationsund Kaffationshoses einen vom 7. Dezember 1856 datirten
Aft ein, worin er erklärte, daß er die s. 3. beim Regierungsrathe, dem Regierungsstatthalteramte K. und dem dasigen
Richteramte gegen Amtsgerichtsschreiber H. eingereichten Anzeigen wegen unrechtmäßigen Gebührenbezuges, so viel an ihm,
anmit zurückziehe und demnach der daherige Civilpunkt als
dahin gefallen zu betrachten sei; ebenso daß er gegen ein allfällig den Angeschuldigten freisprechendes Urtheil nichts einwenden werde, alles jedoch unter Verwahrung aller Rechte,
daß ihm als Civilpartei in dieser Sache keine Kosten auferlegt
werden.

## Die Polizeikammer hat in Betrachtung:

1) Daß zufolge beg von ber Polizeifammer unterm 1.

Oftober 1856 erlassenen Interlokut urtheils lediglich eine Widerhandlung gegen den Tarif in Frage sieht, welche nach Art: 11 Theil VIII. des Emolumentens Tarifs von 1813 in Verbindung mit dem Dekrete vom 30. März 1833 vom Polizeirichter zu beurtheilen, folglich als eine einfache Polizeiübertretung anzusehen ist;

- 2) daß, vorausgesett Amtsgerichteschreiher H. habe sich wirklich einer Widerhandlung gegen den Tarif schuldig gemacht, er dieß nur durch Aufnahme unrichtiger Ansätze in die daherigen Kostensnoten und deren Zustellung zur Moderation an den Richter bewerkstelligt haben könnte;
- 3) daß in den hievor sub. Art: 1—15 bezeichneten Lisquidationen die Moderationen der daherigen Kostenssnoten bereits in den Jahren 1852 und 1853 erfolgt sind, mährend die letzte der in den übrigen 3 Liquisdationen verfaßten Kostensnoten am 7. Juni 1854 richterlich bestimmt wurde, den jeweiligen Moderastionssentenzen aber die Ausstellung und Einreichung der Kostensverzeichnisse vorangegangen sein muß;
- 4) daß nach Art: 9 des Gesethuches über das Verfahren in Strafsachen vom 2. März 1850, welches mit dem Infrastireten der neuen Ausgabe desselben, am 1. August 1854 außer Wirksamkeit gesetht worden, die öffentliche und Civilklage aus allen Polizeiübertretungen binnen 6 Monaten nach Art: 9 der neuen Ausgabe aber binnen zwei Jahren von dem Tage der Begehung an zu rechnen, verjährt sind, wenn inzwisschen keine Verhandlung zu Verfolgung des Angesschuldigten vorgenommen worden;
- 5) daß in der vorliegenden Untersuchung die erste Versfolgungshandlung des Regierungsstatthalters von K. durch Erlaß einer Vorladung an den Anzeiger J. L. am 19. Juni 1856 vorgenommen wurde, mithin zwisschen diesem Aft und der Ausstellung und Einreichung der letztern 3 unter die Verjährungsfrist von zwei Jah-

- ren fallenden Kostensnoten ein Zeitraum von mehr als 2 Jahren liegt, während die Klage betreffend die übrigen Widerhandlungen gegen den Taxif bereits unter der Herrschaft des frühern Strasprozeßgesethusches verjährt war;
- 6) daß endlich alt-Amtoschreiber E., auf dessen Anzeige hin die vorliegende Untersuchung angehoben worden, am 7. Dezember abhin die Erklärung ausgestellt hat, daß er die sachbezüglichen, von ihm eingereichten Anzeigen zurückziehe und mithin der daherige Civilpunkt als erledigt zu betrachten sei, und außer Herr E. Niemand bei der competenten Behörde eine Klage angebracht hat;

### erfennt:

Es ist dem Angeschuldigten J. H. der Schluß seiner Berjähe rungseinrede zugesprochen und die Kosten der ersten Instanz wie diejenigen der Weiterziehung sind dem Fiskus auferlegt.

## 7. Rindesaussehung.

Unwendung des §. 29 des Gesetzes vom 18. Februar 1823. (Urtheil vom 4. November 1856.)

Unterm 3. Juli 1856, Morgens früh um 3½ Uhr hersum, wurde in der Tenne der M. S. geb. B. zu R. ein 2 à 3 Wochen altes, dürftig gekleidetes Kind, männlichen Gesschlechts auf dem heu liegend gefunden. Bei'r Durchsuchung der Tenne, der Bühne und des Stalles des betreffenden hausses fanden sich keine Spuren vor, welche Verdacht auf irgend Jemand warfen.

Am 11. September 1856 stellte sich die S. D. auf dem Regierungsstatthalteramte S. und legte ein reumüthiges Geständniß betreffend die Aussexung dieses Kindes ab, indem sie in den mit ihr aufgenommenen Verhören im Wesentlichen aussagte: Der Vater dieses von ihr unterm 5. Juni abhin in der Entbindungsanstalt in Bern gebornen Kindes sei ein M. J. von M. Vierzehn Tage nach der Entbindung sei sie mit ihrem Kinde auf B. zu ihrem Vater gegangen, wo sie

jedoch keine gutige Aufnahme gefunden, theils weil fie icon jum driten Mal außerehelich geboren, theils wegen feiner Urmuth und weil sie ju Sause, ba fie schon lange Jahre unter fremden Leuten gebient, entfremdet gemefen und nicht wie bie übrigen Rinder gehalten worben fei. Da fie eingesehen habe, daß zu Sause ihres Bleibens nicht fein könne und ihr von ben Behörden jegliche Unterftugung verweigert worden, babe fie ben Entschluß gefaßt, bas Rind auszusegen, zu welchem 3mede fie fich unterm 2. Juli abbin Abends 9 Uhr mit dem= felben, nachdem fie es gut angefleibet, von Saufe begeben und foldes in ber bewußten Tenne in's Beu, welches fie ju biefem Zwede zusammengesucht, abgelegt habe. Sierauf habe fie fich in den Kanton Neuenburg begeben und in einer dortigen Fabrife Beschäftigung gefunden. Gie habe aber feine Rube gehabt und die Ungewißheit über bas Schicksal ihres Rindes habe fie veranlaßt, von ihrem Fehltritte Unzeige zu machen.

Laut Zeugniß vom 15. September 1856 erklärte der Gesmeinderath von B., daß er über den Leumund der S. D. außer daß dieselbe 3 Mal schwanger in die Gemeinde gekomsmen sei, nicht Auskunft geben könne, da sie sich sonst nicht in ihrer Heimathgemeinde aushalte.

Durch Beschluß ber Anklagekammer vom 1. Oktober 1856 wurde die S. D. wegen Kindesaussetzung bem correktionellen Gericht-Amisgericht S. überwiesen.

Dieselbe erkläre gegen das von dieser Behörde ausgefällte Urtheil die Appellation.

# Die Polizeifammer hat in Betrachtung:

daß der Thatbestand einer Kindesaussetzung unter Umständen, unter welchen keine Gefahr für das Leben des Kindes zu besorgen war und dasselbe auch wirklich am Leben geblieben (§ 29 des Gesetzes vom 18. Februar 1823) hergestellt ist;

daß die S. D. dieses Vergebens geständig ist; bag ihr reumuthiges Geständniß mildernd, ber Umstand aber,

daß sie schon zum britten Mal außerehelich niedergekoms men, schärfend auf die Strafzumessung einwirkt;

### erfennt :

- 1) S. D. ist der Kindesaussetzung unter den voranges gebenen mildernden Umständen schuldig erklart.
- 2) Dieselbe ist in Anwendung des angeführten § 29 des Gesets vom 28 Februar 1823 correctionell versurtheilt: Zu einer einjährigen Zuchthausstrafe, wovon die ausgestandene Haft abzuziehen ist; zu einer viersjährigen Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigsteit; und zu Bezahlung der Kosten.

Anmerkung. Dieses Urtheil ist deshalb interessant, weil es sich um die Frage handelte, ob und inwiesern der §. 29 des Kindermordgesetzes durch den §. 10 des Armenpo-lizeigesetzes aufgehoben und ersetzt worden sei.

8. Unbefugte Ausübung des Arztberufes und Uebertretung des Fremdenpolizeigesetzes.

(Freisprechendes Urtheil vom 12. November 1856.)

Die Herren B. und St., Aerzte in J., machten dem dortigen Regierungsstatthalteramte durch Schreiben vom 25. Juni 1856 die Anzeige, daß Dr. G., welcher sich s. 3. in Berlinerblättern den nach J. gehenden deutschen Brustleidenden für die Kurzeit empsohlen, seit 6 à 7 Tagen im Hotel R. logiere und ohne die erforderliche Bewilligung ärztliche Funktionen ausübe, namentlich habe derselbe bereits eine fremde Dame, welche an Dr. St. empsohlen gewesen, behandelt, und letztere sei von einem Herrn R., dessen Schwester er ärztlich behandelt, abgedankt worden, um, (wie dieser gesagt) von der Ankunft eines Berlinerarztes zu genauer Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kranken zu prositiren.

Schließlich verlangten die Anzeiger, daß sie gegen die ihnen aus dem unbefugten Prakticiren des Dr. G. entstehenden Nachtheil geschützt werden.

Der Angeschuldigte am 25. Juli über diese Anzeige einvernommen, stellte in Abrede, daß die fragliche Empfehlung in Berliner-Blättern von ihm ausgegangen, so wie daß er in J. die ärztliche Praris ausgeübt, oder zu bem Zwecke borthin gereist sei. Der Fräulein R. habe er allerdings Rath ertheilt, aber bloß aus Freundschaft und nicht gegen Bezahlung.

Auf eine am 29. Inli vom Landjäger-Corporal D. dem Regierungsstatthalteramte J. der nämmlichen Sache wegen ge-machte Anzeige, worin angegeben wurde, daß Dr. G. versschiedene, in dortigen Pensionen logierende Fremde, namentlich die Herren W., B., S., R., die Landgräfin von H., und A. m. ärztlich behandelt, erfolgten mehrere Abhörungen, deren Resultat im Wesentlichen solgendes ist:

- 1) D. R. aus R. sagte aus: Seine Schwester sei von Dr. St. behandelt worden, welchen er auf die Ankunft des Dr. G. abgedankt, in der Absicht, dieselbe von diesem behans deln zu lassen; dieß sei jedoch nur ein Wunsch gewesen, welchen er habe aufgeben müssen, nachdem er sich über die hießen Berhältnisse der Aerzte habe aufklären lassen, um weder sich selbst noch Herrn G. in Verlegenheit zu bringen; er verssichere daher, daß er den Dr. G. nicht als Arzt consultirt, auch nicht für solche ärztliche Funktionen in Anspruch genommen habe.
- 2) J. R., Pensionshalter in A., deponirte: Dr. G. halte sich seit circa 5 Wochen in seiner Pension auf, er habe nicht im geringsten bemerkt, daß derselbe eine ärztliche Praxis ausübe, auch sei ihm nicht befannt, daß er Jemanden ärztlich behandelt.
- 3) R. W., aus Berlin: derselbe stellte des bestimmtesten in Abrede, von Dr. G. ärztlich behandelt worden zu sein, und behauptet, denselben niemals als Arzt consultirt zu haben; zwar habe er mit ihm über seinen Gesundheitszustand gesprochen und seinen Rath wie von Jedermann angenommen.
- 4) Frau M. M. geb. St., Pensionshalterin in J., welche aussagt, sie wisse nicht, ob die in ihrer Pension sich aufhaltende Landgräfin v. H. krank sei oder sich ärztlich behandeln lasse; dieselbe werde zwar öfters von einem fremden Herrn, welcher anch s. B. für sie Logis bestellt, besucht; ob dieses der Dr. Genzmer sei, wisse sie nicht, da sie denselben nicht kenne.

- 5) J. M., Chemann der Obigen : beffen Aussagen stims men im Wesentlichen mit benjenigen seiner Gemahlin überein.
- 6) H., Kellner im Hotel J. in J., gab an: Herr B., welcher seit Juni d. J. im Hotel J. logire, leide an seiner Gesundheit; derselbe werde regelmäßig über den andern Tag von Dr. G. besucht; jedoch könne er aus eigener Wahrnehsmung nicht bezeugen, daß er von diesem ärztlich behandelt werde, da Herr B. seine Commissionen durch einen eigenen Bedienten aussühren lasse.
- 7) J. P. aus B., Bedienter des letigenannten Herrn B. Derselbe gab zu, daß Dr. G. seinen Herrn öfter besuche, auch mitunter zu diesem gerufen worden sei; Herr B. sei frank, ob er aber von Dr. G. ärztlich behandelt werde, könne er nicht sagen, da dieser ihm weder Recepte verschrieben, noch Medikamente verabsolgt. Seit 8 Tagen lasse sich Herr B. durch einen Arzt aus der Pension V. behandeln; er habe ihm erklärt, er habe zu herrn G. nicht Zutrauen, um ihn für ärztliche Hülfe zu gebrauchen, obschon er sein Freund sei.
- 8) Herr S. Kaufmann aus B., stellte des bestimmtesten in Abrede, von Dr. G. ärztlich behandelt worden zu sein und denselben consultirt zu haben.

Herr B. selbst konnte wegen Krankheit nicht abgehört werden.

Herr E. Dr. med. in J. beponirte im Wesentlichen in der Voruntersuchung: Es sei richtig, daß Dr. G. ganz im Anstang seines Ausenthalts in J. bei ihm für eine Person, an deren Namen er sich nicht mehr erinnere, eine Arznei bestellt habe, welche er nach der Angabe des G. receptirt und präparirt habe, andere Arzneien habe Dr. G. bei ihm nicht genommen, auch habe er nie von demselben ausgestellte Recepte gesehen. Ueber sein Vorhaben, in J. Fremdenpraris auszuüben, habe Dr. G. nichts Bestimmtes gesagt, sondern sich vielmehr darüber sehr vorsichtig geäußert und namentlich seit Einreichung der Anzeige das Gegentheil versichert; ein Weiteres könne er über das Practiciren des Dr. G. aus eigener Wahrnehmung nicht sagen; bei'r Hauptverhandlung dann sagte Herr Dr. L.

aus: Dr. G. habe im Anfang seines Aufenthalts in J. gegen ihn geäußert, er wolle sich daselbst als Arzt etabliren, nachdem er das erforderliche Eramen gemacht haben werde, er habe auch bereits mit dem Direktor des Sanitätswesens darüber Rücksprache genommen; überdieß habe ihm derselbe einmal erklärt, er behandle eine Dame oder einen Herrn in der Pension R., und habe für diese Personen Mittel geholt.

Dr. M. sagte im Wesentlichen aus: Dr. G. habe ihm bei seiner Ankunft erklärt, die Aerzte in J. werden keine Ber-liner-Kranke in Behandlung erhalten, da alle an ihn adressirt werden. Herr B. sei durch Dr. G. ärztlich behandelt worden; ersterer habe ihm dieses selbst mitgetheilt, mit dem Beifügen, es sei von Dr. T. in B. an ihn adressirt und werde Hrn. G. nicht hier, sondern in Berlin honoriren. Auch die Gräsin von H. habe Herr G. behandelt und täglich besucht, sowie noch verschiedene andere Fremde mehr.

Die Anzeiger behaupteten, daß sie durch das Wirken des Dr. G. im verflossenen Sommer eine Abnahme ihrer Praxis wahrgenommen und in Schaden gekommen seien.

Durch Beschluß der Anklagekammer vom 13. September 1856 wurde der Angeschuldigte Dr. W. G. wegen unbefugter Ausübung des Arztberufes und Widerhandlung gegen das Fremdenpolizeigesetz dem Polizeirichter — Gerichtspräsident von J. — überwiesen.

Gegen bas verurtheilende Erkenntniß bes Gerichtspräsis benten von J. erklärte Dr. G. die Appellation.

In dieser Untersuchung stellte ber Generalprokurator ben Untrag:

Dr. W. G. sei ber unbefugten Ausübung bes ärztlichen Berufes schuldig zu erklären und in Anwendung der §. 11, 12 und 95 des Gesetzes über das Gewerbswesen vom 7. Nosvember 1849 in Verbindung mit den Verordnungen von 1765 und 1785 polizeigerichtlich zu verurtheilen:

- 1) zu einer Buße von Fr. 100 und
- 2) zu Bezahlung der Kosten unter Annahme folgender

## Entscheidungsgründe :

- baß nach ben Verordnungen ansehend die Marktschreier, Afster= und Stümpelärzte, von 1765 und 1785 vorgeschries ben ist: "Daß Niemand, es seien Mannss oder Weibsspersonen, sich unterstehen sollen, in Unserm Lande Kranke zu besorgen, ihnen einige Mittel zu geben oder zu versschreiben, sie seien dann vorerst in Ihrer Wissenschaft und Kunst genau und sorgfältig geprüft worden und has ben die Bewilligung erhalten, selbigen zu üben";
- baß hiemit übereinstimmend bas Geset über bas Gewerbswesen vom 7. November 1849 (s. 12) den Beruf eines Arztes zu benjenigen Berüfen zählt, zu deren Ausübung es einer besondern Bewilligung bedarf;
- daß nun zwar aus den Aften nicht mit hinreichender Sicherheit hervorgeht, daß W. G. Kranken Mittel gegeben ober verschrieben habe;
- baß indeß aus den hievor angeführten Zeugenaussagen sich wenigsten so viel ergiebt, daß Dr. G. verschiedenen fremden Kurgästen während ihres Aufenthalts in J. ärzte lichen Rath ertheilte, und zwar in einer Ausdehnung und auf eine Art und Weise, welche nicht annehmen läßt, daß dieß ohne Entgelt und bloß aus Freundschaft für die beetreffenden Patienten geschehen sei;
- daß vielmehr aus allen Umfländen hervorgeht, daß Dr. G. während seines Aufenthalts in J. sich die Funktionen eisnes sogenannten Kurarztes aneignete;
- baß somit das Wirken des Dr. G. allerdings als Ausübung bes ärzilichen Berufes angesehen werden muß, indem der Beruf eines Arztes nicht bloß das Darreichen oder Versschreiben von Medikamenten in sich begreift, sondern die Besorgung von Kranken überhaupt umfaßt, wohin auch das sogenannte Consultiren zu zählen ist;
- bag nun aber Dr. G. unterlassen hat, die erforderliche Bewil.
  ligung zur Ausübung des ärztlichen Berufes in hiesigen Kanton bei competenter Behörde auszuwirken.

# Die Polizeikammer hat in Betrachtung:

baß nach den Verordnungen ansehend die Markischreier, Afsters und Stümpelärzte von 1765 und 1785 vorgeschries ben ist: "Daß Niemand, es seien Manns oder Weibspersonen, sich unterstehen sollen, in Unsern Landen Kranke zu besorgen, ihnen einige Mittel zu geben oder zu versschreiben, sie seien dann vorerst in Ihrer Wissenschaft und Kunst genau und sorgfältig geprüft worden und haben die Bewilligung erhalten, selbige zu üben";

baß hiemit übereinstimmend das Geset über das Gewerbswes fen vom 7. November 1849 (S. 12) den Beruf eines Arztes zu denjenigen Berüfen zählt, zu deren Ausübung

es einer besondern Bewilligung bedarf;

daß nun aus den Aften nicht mit hinreichender Sicherheit hers vorgeht, daß Dr. W. G. Kranken Arzneien gereicht oder verschrieben habe, ebensowenig, daß er von denjenigen Personen, welche sich bei ihm Raths erholten, ein Honos rar beansprucht oder bezogen habe;

baß somit nicht rechtlich erwiesen ist, bag Dr. W. G. auf unbefugte Weise ben Beruf eines Arztes ausges

übt habe;

baß bagegen nach der Lage der Aften die Vermuthung, Dr. W. G. habe sich zum Zwecke, fremde Kurgäste ärztlich zu behandeln, nach J. begeben, im Anfang als wahrsscheinlich sich darstellte und daher die Anhebung einer Unstersuchung jedenfalls als gerechtfertigt erscheint;

in Anwendung bes Art. 344 St. B.

### erfennt :

Dr. W. G. ist von der wider ihn erhobenen Anklage freiges sprochen, jedoch ohne Enischädigung. Sammtliche Rosten sind dem Staate auferlegt; es hat jedoch Dr. W. G. von daher nichts zu fordern.

in the construction of the property of the contract of the con

Abus de confiance et spécialement abus de blanc-seing.
Acquittement.

I. A la foire de Delémont du 8 février 1854, S... vendit à W... un cheval pour le prix de fr. 250. W..., prétendant que ce même cheval avait péri peu de jours après la vente, atteint d'un vice redhibitoire, actionna S... en remboursement du prix de vente. Sur ces entrefaites le prévenu C... souscrivit, à la date du 1er avril suivant, une déclaration aux termes de laquelle il portait «quitte et indemne S... des condamnations qui pourraient être portées contre lui par le tribunal de P..., et autres, relativement à l'action que lui intente W..., attendu que cette affaire le regarde personnellement.» A l'audience du 2 mai 1854, S... prétendit que le cheval que W... dit être péri n'était pas le même que celui qu'il lui avait vendu à la foire de Délemont. Sur cette question le tribunal déféra, à son audience du 11 juillet 1854, le serment à S..., qui répondit, qu'il était possible que ce fût le même cheval, mais qu'il n'en avait pas la certitude, puisqu'il n'avait pas vu l'animal péri. Appelé à affirmer sermentalement cette déclaration, S... dit ne pas le vouloir lors même qu'il avait dit la vérité; et sur ce refus, le tribunal le condamna à payer à W... la somme de fr. 250 et les dépens, liquidés à fr. 211, 75.

En vertu de la déclaration plus haut citée et fondé sur le jugement qui précède, S... intenta une action à C..., qui, dans sa défense, produisit la pièce suivante: «Le soussigné, S..., déclare par les présentes avoir donné pouvoir et procuration à C... de le représenter à l'audience du tribunal de ce siège, dans l'action que lui intente W...; de soutenir ou faire soutenir que le cheval dont W... lui réclame le prix n'est pas celui qu'il désigne comme péri ; de nier l'identité de cet animal ; de poser en fait que la vente, à Delémont, d'un cheval, a été consentie à W..., à ses risques et périls. Promettant à mon procureur la preuve des faits avancés dans le présent mandat, par tous

les mojens autorisés par la loi, et même par serment, sous peine de nullité de l'acte en garantie que m'a souscrit C... en cas de négligence ou de refus d'un moyen légal. C... ne pourra, pour ses peines et honoraires, réclamer que fr. 100, que je lui alloue dans tous les cas. Promettant d'avoir ses gérées comme irrévocables.

aP..., trois juin 1854.

«Bon pour procuration (signé) S...» Suit l'enrégistrement.

La réplique de S..., portant la date du 23 mars 1855 contient, sous la rubrique «critique des moyens de preuve,» le passage suivant : «La procuration invoquée par le défendeur présente des indices de falsification, desquels résulterait la nullité de l'acte ainsi invoqué comme moyen de preuve.» En conséquence, il conclut à ce qu'il fût, sursis à la poursuite du procès civil jusqu'à ce qu'il ait été statué par le juge compétent sur la poursuite de faux ou d'abus de confiance qu'il se proposait d'intenter, relativement à la procuration dont il s'agit.

En effet, S... adressa, le 28 du même mois, au préfet du district de P... une plainte, dans laquelle il prétend, après avoir exposé les faits, que le contenu de la procuration souvent mentionnée écrite de la main de C..., relate l'annulation d'une obligation souscrite par lui-même, et porte des stipulations qui n'auraient jamais été la volonté du plaignant.

Dans l'instruction qui s'en est suivie, deux témoins ont été entendus: U... et G.... Le 1<sup>er</sup> a déposé: «Je me trouvai, le 1<sup>or</sup> avril 1854, chez C... lorsque deux personnes sont arrivées, savoir S... et une autre dont je ne sais pas le nom. (Dans l'instruction spéciale et après confrontation, il a déclaré que cette dernière était G...) A leur arrivée, C... s'étant approché, ils causèrent un instant ensemble à haute voix, mais je n'ai pas fait attention à ce qu'il disait. Après ce colloque, C... a dit a S... qu'il lui fallait

sa procuration, afin qu'il puisse — lui C... — le représenter devant le tribunal, et qu'il devait la remplir.» Le témoin a déclaré de plus qu'alors la personne qui accompagnait S... dit que C... remplirait bien la procuration; que sur cela, S... écrivit quelque chose sur un papier de la grandeur d'une feuille de papier timbré de 8 cent. et que, lorsqu'il le remit à C..., ce papier n'était pas écrit en entier.

A l'audience du tribunal, le témoin U... a confirmé cette déposition, sauf qu'il a ajouté que c'est C... qui a écrit le premier.

G... a déclaré qu'à une date dont il ne se rappelle pas, il était allé à l'ours et avait trouvé dans la cour de cet hôtel S... et C... parlant ensemble; s'étant approché d'eux il avait entendu S... offrir fr. 80 à C... pour se charger du procès avec W..., tandis que C... demandait fr. 150; que, n'ayant pu tomber d'accord, C... était parti; qu'ensuite, lui témoin avait engagé S... à offrir fr. 100 et d'aller rejoindre C. à cet effet, en accompagnant le témoin qui avait aussi affaire chez le même. Arrivés chez C..., S... offrit, suivant la même dépositon, à C... une somme de 100 fr., pour répondre du procès et pour qu'il se mît en son lieu et place. Après plusieurs pourparlers C... accepta, et, à sa demande, S... souscrivit en sa faveur un billet de fr. 100 payable à vue. Sur ce, G... dit à S... qu'il fallait que C... eût une procuration signée de sa main afin qu'il pût soutenir le procès, et lui observa en outre de laisser rédiger la procuration par C... et de signer son nom, avec les mots «bon pour procuration,» sur une feuille de timbre, ce que S... fit en la présence du témoin, en laissant la procuration sur la table de C....

A l'audience du tribunal, G... a dit, qu'il n'y avait pas eu d'autre condition que le paiement des fr. 100.

Le plaignant S... a, en général, fait la même déclaration que le témoin G...

Le prévenu C... a formellement dénié avoir rempli

aucune procuration en blanc provenant de S...; il a prétendu, au contraire, que celle qui fait l'objet de l'enquête était rédigée lorsque S... l'a signée, et cela, avec la même plume et la même encre dont il s'est servi Jui-même. Le dit C... a expliqué ensuite que cette dernière n'est pas la même que celle signée le 1<sup>er</sup> avril. En preuve; il a produit un blancseing signé «bon pour procuration, S...,» soit celui délivré le 1<sup>er</sup> avril, pièce jointe aux actes.

A l'audience du tribunal, S... a dit, qu'il avait remis à C... la procuration produite, pour poursuivre G..., — fait que C... à dénié.

Sur présentation des deux procurations, G... a déclaré ne pouvoir dire laquelle avait été signée en sa présence.

Le billet à odre souscrit par S... et joint aux actes, est ainsi conçu:

«P... 28 mars 1854. H. B. P. fr. 100.»

«Au deux avril prochain, je paiera à C..., ou è son ordre, la somme de cent francs, valeur reçue en espèces.

«Bon pour la somme de francs cent.

Payable «S...»
à P..., en mon domicile
chez L...

II. Le 10 janvier 1855, D..., comparaissant devant le préfet du district de P..., fit en résumé la déclaration suivante: «Pour la date du 31 déc. 1851, A... et moi nous souscrivîmes à H... un billet à ordre de la somme de fr. 1877, valeur reçue comptant, payable au 20 avril 1852; ce billet fut endossé à B... par H..., valeur reçue comptant le 15 février 1852. A l'échéance, c. à. d. au 20 avril de la dite année, ce billet fut renouvelé par A... et moi chez H.... Par ce renouvellement, ce même billet était éteint; aussi, le réclamé-je à H..., qui déclara vouloir le rendre au premier jour, disant qu'il était encore en circulation. B... qui en était le possesseur, l'a eu en sa possession pendant

un an, sans que H... se soit même mis en demeure de le retirer, puisqu'au contraire, il l'a fait renouveler chez le porteur, à trois reprises, soit au 31 août, 30 nov. 1852 et enfin jusqu'au 28 février 1853. J'ajouterai que H... disait chaque fois, aux échéances à Mr. B... qu'il voulait le payer ou le retirer.»

Après avoir exposé que, quelque temps avant l'échéance du dernier renouvellement, B... remit le billet au prévenu C... pour en poursuivre le recouvrement; en effet, plusieurs assignations furent lancées contre A... et le plaignant D..., et que, chaque fois, H... arrêtait les poursuite en affirmant qu'il voulait régler, et que cette affaire le concernait personnellement. — D... dit encore que, le 11 juillet 1853, C... lui avait proposé un arrangement, suivant lequel D... lui ferait, un billet en son nom personnel, tant pour le capital de cette affaire que pour les intérêts, depuis le 28 février 1853 jusqu'au 11 octobre de la même année époque de l'échéance du nouveau billet à faire, et d'y ajouter l'affaire M...; qu'ayant consenti à cette proposition, il souscrivit en effet un billet à ordre, au montant de fr. 2237, causé pour les sommes ci-après détaillées:

No 1. Billet H et A, porteur B, fr.	1877.
-------------------------------------	-------

2. Intérêts de la dite somme, dès le 28 février
1853 jusqu'au 11 octobre même année » 140. 72

» 3. Pour frais dans la dite affaire . » 24. 85

» 4. Affaire M...:

a. capital	•	))	120.	
b. intérêts	•	D	48.	
c. pour les frais	1.61.016	D	27.	
AND ASSESSED OF THE PROPERTY O		fr.	2237.	57

B... entendu devant le préfet au sujet de la déclaration de D..., déposa qu'effectivement il avait chargé C... de faire les poursuites contre D..., pour procurer le recouvrement des fr. 1877; qu'il lui avait réclamé les pièces quelque temps après, voyant qu'il ne pouvait en obtenir le montant; mais que C... lui avait répondu que c'était une

affaire réglée: qu'il avait rendu les pièces à H..., contre les frais. Puis B... continua en ces termes: D... étant venu chez moi, il y a 3 semaines, et lui ayant parlé de cette affaire, il m'exprima son étonnement en me disant que C... lui avait fait souscrire un nouveau titre en sa faveur, au moyen duquel le mien devait être éteint. J'ai sur cela, envisagé C... comme mon débiteur de la somme figurant sur le billet, et suis allé le trouver pour l'inviter à me verser la somme qu'il devait avoir, je veux dire pour lui réclamer mon titre; mais il me répondit qu'il ne l'avait par et qu'il ne savait ce qu'il était devenu. Sur cette réponse je lui dis que je poursuivrais qui de droit, sur quoi je lui ai fait signifier la commandement joint aux pièces, en date du 27 décembre 1854.

D... ajouta encore à sa 1<sup>er</sup> déposition que, dans le courant du mois d'octobre 1853 C... prit jugement contre lui, pour le montant du billet du 11 juillet précédent; qu'en 1854, il avait formé opposition à ce jugement, que cependant le tribunal de P... ne fit pas droit à sa demande, et qu'en suite d'un appel interjeté, l'affaire était actuellement pendante devant la cour d'appel.

Le prévenu C... interrogé sur les faits mis à sa charge, a convenu avoir reçu en 1853 le billet de 1877 fr. et avoir assigné deux fois les souscripteurs à la requête de B...; que les 2 fois celui-ci avait retiré les poursuites, dont les frais auraient été payés la 1<sup>re</sup> fois par B... et la seconde fois par H... A cette dernière occasion — a ajouté le prévenu — le billet fût rendu à B... qui le lui demandait, sous prétexte qu'il voulait régler compte avec H... mais nonobstant la remise du titre, B... engagea C... à poursuivre D... et A..., disant qu'il n'aurait rien de H... quant aux causes du billet de fr. 2237. Le prévenu à prétendu qu'ayant menacé D... d'une saisie, pour une somme de fr. 120 qu'il devait à la caisse des pauvres de Y..., ce dernier, traqué par d'autres créanciers, vint, le 11 juillet 1853, chez lui et lui demanda s'il ne pouvait pas lui faire en

espèces le montant de ces deux dettes; qu'il allait régler ces deux affaires; que sur cela, lui C..., lui compta ces espèces, que D... empocha, sauf les fr. 120 dûs à la caisse des pauvres de Y..., ainsi que les intérêts et frais que ce dernier lui compta en espèces et pour laquelle somme C... lui donnait quittance.

Enfin, le prévenu a observé que D... et B... s'entendent et travaillent de concert, le 1<sup>er</sup> parcequ'il le poursuit, et le 2<sup>e</sup> parcequ'il voudrait avoir un bon débiteur au lieu d'un mauvais.

B..., aussi entendu devant le juge d'instruction, a nié que C... lui eût rendu le billet dont il s'agit, et a déclaré par contre que, longtemps après l'époque où D... et H... furent poursuivis, il avait réclamé le titre à C... qui alors dit l'avoir remis à H..., croyant que c'était une affaire terminée; que, quinze mois après en parlant de cette affaire à D... il apprit de celui-ci le fait constitutif de la plainte.

D... a prétendu qu'il avait acquitté le montant du billet, B... en souscrivant le billet du 11 juillet 1853 en faveur de C..., et qu'en échange celui-ci lui avait rendu le premier.

H... a dit notamment que lorsqu'il reçut la seconde assignation, il retourna chez B... le prier d'attendre, et qu'il lui remit, en présence de D..., un effet de fr. 1000, sur M<sup>ne</sup> E...

A l'audience du tribunal, tant H... que D... ont déclaré qu'ils s'étaient rendus chez B... dans l'intention d'éteindre le billet de fr. 1877, avec ces fr. 1000. Quant à la prétendue remise du dit billet à H..., ce dernier a nié ce fait.

Les billets souvent mentionnés sont ainsi conçus:

I.

28 février 1853. Renouvelé au 30 Novembre 1852. P..., 31 décembre 1851. B. P. 1877 fr. Au vingt avril prochain, nous soussignés A..., débiteur principal, et D... caution, paierons solidairement à l'ordre de H... la somme de dix-huit cent soixante et dix-sept francs valeur reçue comptant et portant intérêts dès l'échéance du présent. Au domicile de»

> «Bon pour dix-huit cent soixante et dix-sept francs de France (signé) «A...»

Mr D..., où le débiteur

pp¹. fait élection de domicile. «Bon pour dix-huit cent soixante et dix-sept fr. de France.

(signé) «D...»

Au dos est écrit : «Ordre à M. B..., valeur reçue comptant. P..., 15 février 1852.»

(signé) H...»
«Ordre à C..., valeur en compte. P..., 24 février 1853.
(signé) «B...»

## II.

«P..., 11 juillet 1853. Bon pour 2237 fr.

«A trois mois de date, je soussigné paierai à C... ou à son ordre la somme de deux-mille-deux cent trente-sept francs, valeur reçue en espèces.

«Bon pour deux mille-deux-cent-trente-sept francs. D...» «Ordre à F..., valeur reçue comptant. — P..., 11 juil-let 1853. C...»

«Payez à l'ordre de M. J... Valeur en compte. P... le 7 octobre 1853.

aF... »

Aux pièces de la procédure est joint un extrait certifié du livre «brouillard du prévenu C..., livre régulièrement tenu jour par jour, sans blancs, râtures ou intervalles, duquel extrait il appert qu'à la date du 2 juin 1853, C... a porté en compte à B... son billet H... de fr. 1877 et qu'en outre B... est en compte courant avec le prévenu. De plus il est constaté, au moyen de certificats délivrés par le greffier du tribunal de P... que D... et S... sont sous le poids de plusieurs contraintes par corps, et que par jugement du tribunal consulaire du même district, en date du 21 août 1849, B... a été déclaré en état de faillite.

Le prévenu C... a entre autres produit plusieurs certificats de bonne vie et de bonnes mœurs dont le plus récent, portant le date du 18 juillet 1855, est délivré par le Conseil municipal de la ville de P..., et constate que le prévenu habite ce lieu depuis 1833 et qu'il s'y est constamment comporté en honnête homme et sans qu'il soit parvenu au Conseil aucune plainte sur sa conduite et sa moralité.

— L'affaire ayant été soumise au tribunal correctionnel du district de P..., celui-ci, par jugement du 9 juillet 1855, déclara le prévenu C... coupable des abus de blancseing et de confiance à lui reprochés; en conséquence, le condamna à fr. 100 d'amende, à trois mois d'emprisonnement et aux frais de la procédure; et, statuant sur les conclusions des parties civiles S... et B..., condamna C... à leur payer: 1) à S... la somme de fr. 533. 40, avec intérêts dès le 11 oct. 1854; 2) à B... la somme de fr. 1877, avec interêts dès le 28 février 1853; et à tous les frais d'intervention, liquidés à fr. 53. 07 et dont fr. 32. 07 pour S..., et fr. 21 pour le S<sup>r</sup> B...

Sur l'appel émis par le prévenu, la chambre de police, par arrêt du 19 sept. 1855, a statué en ces termes:

»I. En ce qui concerne l'abus de blanc-seing,

### Considérant:

1. Qu'à la vérité, la délivrance de blanc-seings n'est pas prohibée par la loi, mais que le signataire court toujours le risque de voir sa confiance trompée, et que dèslors, ce n'est qu'à sa propre imprudence qu'il doit attribuer les suites qui en peuvent résulter, et ce, surtout dans les cas où le signataire ne se trouve pas dans une circonstance qui l'oblige à délivrer la procuration en blanc;

- 2. Qu'il n'y a abus punissable d'un pareil blanc-seing que lorsque le signataire peut prouver d'une manière indubitable et irrévocable que le porteur en a abusé, en écrivant frauduleusement au-dessus et incontestablement contre la volonté du signataire, une obligation ou décharge ou tout autre acte pouvant compromettre la personne ou la fortune de ce dernier (art. 407 Code pén.);
- 3. Qu'au cas particulier, S... n'était nullement obligé de délivrer un blanc-seing, et, du reste, C... n'a nullement employé la procuration du 3 juin 1854 (dans la supposition même qu'elle aurait été délivrée par S... en forme de blanc-seing) dans aucun autre but que celui pour lequel elle a été délivrée, savoir à l'effet de représenter S... dans le procès contre W...; qu'il n'est nullement prouvé que C... ait fait figurer dans la dite procuration les charges et conditions y retenues, contre la volonté de S..., et ce, d'autant moins que la déclaration souscrite par C... en faveur de S..., le 1<sup>er</sup> avril 1854, explique parfaitement que C... n'a voulu que se garantir, autant que possible, contre une issue défavorable du procès, ainsi que c'est arrivé par suite du refus injustifiable de S... d'affirmer sermentalement sa propre déclaration;
- 4. Qu'en outre, il n'est nullement prouvé que la procuration dont il s'agit ait été originairement un blanc-seing qu'au contraire,
  - a. il n'est pas et il ne pouvait être l'également constaté que le blanc-seing délivré à C... par S... en présence des témoins U... et G..., soit bien celui au-dessus duquel est écrite la procuration du 3 juin, ou si ce ne serait pas plutôt celui produit par C... et qui n'est pas rempli;

- b. aucun des dites témoins n'a pu dire laquelle des deux feuilles timbrées à été signée en leur présence par S...; qu'au surplus, le témoin U... se trouve en contradiction tant avec lui-même qu'avec la déclaration de G..., en déposant devant le tribunal que c'est C... qui a écrit le premier, ce qui permettrait de supposer qu'au contraire le billet, souscrit par S... n'est autre chose que la procuration écrite de la main de C...;
- c. en outre, les actes relatifs aux arrangements pris entre le plaignant et le prévenu ne datent pas du même jour, attendu que le billet à ordre souscrit par S... porte la date du 28 mars, et la déclaration de C... celle du 1<sup>er</sup> avril; que dès-lors, comme le témoin G... affirme que le dit billet a été écrit en sa présence, c'est-à-dire le 28 mars, il est très-vraisemblable qu'en délivrant, quatre jours plus tard, et par conséquent hors la présence du dit témoin, la déclaration 1<sup>er</sup> avril, C... a demandé et obtenu en échange des garanties telles qu'elles sont stipulées;
- d. la circonstance principalement relevée par les premiers juges, que suivant l'allégation du prévenu, le contenu de la procuration en question et les mots consignés au bas «bon pour procuration» avec la signature «S...,» auraient été écrits en même temps et avec la même plume et la même encre, tandis que la seule inspection de la pièce prouverait le contraire, n'aurait pu être suffisamment constatée en droit qu'au moyen d'un rapport d'experts, d'autant plus que «l'évidence» admise par le tribunal de 1<sup>re</sup> instance ne ressort nullement d'une manière aussi indubitable, et qu'en particulier, la couleur de l'encre avec laquelle la signature de S... a été faite paraît être la même que celle du contenu de la procuration;
- 5. Qu'ainsi l'abus de blanc-seing reproché au prévenu C... n'est nullement prouvé;

## II. En ce qui concerne l'abus de confiance,

### Considérant :

- 1. Que D... prétend avoir souscrit en faveur de C... le billet de fr. 2237 entre autres en extinction de celui de fr. 1877, dûs à B..., et qu'en échange, C... lui a rendu ce dernier billet;
- 2. Que cependant, comme celui-ci n'a pas été produit par D..., il n'est pas prouvé qu'effectivement il ait été remis à ce dernier;
- 3. Qu'antérieurement à la délivrance du billet de fr. 2237 H... a payé à B..., en à compte de celui dû à ce dernier, une somme de fr. 1000, ce qui résulte tant de la déposition de H... que de la déclaration de D... lui-même; que dès-lors, il n'est pas probable que celui-ci a entendu payer une seconde fois le montant du billet B... en sous-crivant celui au profit de C.... et cela d'autant moins que c'est H... qui est seul obligé de terminer cette affaire, et non D...;
- 4. Qu'au surplus, le billet B... n'est acquitté en aucune manière par C..., et que, de plus, D... reconnaît expressement, par celui souscrit au profit du prévenu avoir reçu la somme de fr. 2237 en espèces.
- 5. Que D... a un intérêt direct à l'issue du procès et est engagé dans un procès civil avec le prévenu; que dès-lors, sous ce double rapport, il doit être déclaré témoin suspect quant aux faits à charge;
- 6. Qu'il est constaté que H... a fait des démarches auprès de B... pour régler l'affaire résultant du billet en date du 31 décembre 1851; qu'il a même payé un à compte de fr. 1000, et qu'à l'effet de transiger, B... devait nécessairement être en possession du titre; qu'il est donc trèsvraisemblable qu'en restituant les frais de poursuites à C..., B... a retiré le billet en question, et qu'en outre, cette remise est consignée sous la date du 2 juin 1853 au livre-

brouillard du prévenu, livre tenu régulièrement et conformément à la loi;

7. Qu'en tous cas, l'abus de confiance imputé à C... n'est nullement prouvé;

Par ces motifs, La chambre de police déclare

C... non coupable des abus de blanc-seing et de confiance dont il est accusé; le renvoie, en conséquence, des fins de ces deux chefs d'accusation; déboute les parties civiles, S... et B..., de leurs conclusions en dommages-intérêts, réservant cependant à B... de faire valoir ses droits par la voie civile, s'il s'y croit fondé, met les frais d'intervention, liquidés à . . . . . . , à la charge du fisc, — statuant quant aux autres frais, qu'aucune partie ne pourra en réclamer; et enfin, renvoie les actes à la Cour suprême, à l'effet de voir si, dans l'affaire S..., le S<sup>r</sup> C... n'a pas failli à ses devoirs d'agent de droit.»

## Homicide involontaire.

Pendant l'avant-midi du mercredi, 18 juillet 1855, la femme V..., enceinte de son premier enfant, commença à ressentir les premières douleurs de l'enfantement. Vers 4 heures de l'après midi du même jour, son mari alla requérir l'assistance de la sage-femme M..., qui se transporta aussitôt auprès de la malade; mais, voyant que la délivrance n'aurait pas encore lieu, elle retourna chez elle. Le lendemain, jeudi, 19, vers 8 heures du matin, les maux réels se manifestèrent. Environ vers 3 heures de l'aprèsmidi, on alla de nouveau appeler la sage-femme, qui alors arriva vers 4 heures. Vers minuit l'enfant se présenta par la hanche ou les fesses; et, profitant des maux, la sage-femme prit avec deux doigts les pieds de l'enfant et tira

le corps jusqu'à la tête. Le tronc resta dans cette position et les maux cessèrent. A 1 heure après minuit, soit que la sage-femme ne pût réussir à délivrer la femme V... soit, qu'elle n'osât pas faire les tractions nécessaires pour extraire la tête, A... fut envoyé chercher au village voisin le vétérinaire J..., qui arriva entre 2 et 3 heures du matin. De l'avis de celui-ci et de la sage-femme, la patiente fut mise dans un bain aux fins de faire revenir les maux. Le bain n'ayant produit aucun effet, la mère fut replacée dans son lit et c'est seulement alors qu'on manda M. le docteur T.... Dans l'intervalle, toujours sur les conseils de M... et J... on mit de nouveau la femme au bain, comme cette mesure n'eut pas plus de résultat que la 1<sup>re</sup> fois, on la recoucha dans son lit; et à 5 heures le vétérinaire J... partit, suivi peu après de la sage-femme M...

Du rapport adressé par M. le D<sup>r</sup> T... au préfet du district de C..., il résulte ce qui suit:

Le vendredi, 20 juillet 1855, à 6 heures du matin, il fut appelé par D..., père de la malade. Après s'être à l'instant muni de ses instruments et de quelques remèdes, il s'achemina vers le village habité par la famille de la malade. Il y trouva une femme de 28 ans, qui était en couches, jouissant d'une excellente santé et douée d'une constitution très-forte. Les maux d'enfant l'avaient quittée, mais nullement les forces; le pouls était vigoureux et normal. En la visitant de près, il trouva entre ses jambes le tronc d'un enfant mâle, couché sur les dos, la tête accrochée par le menton au-dessus du détroit du périnée du bassin, la tête était à peu près entièrement détachée du tronc, car elle ne tenait plus que par un morceau de peau, appartenant aux téguments du cou; le bassin était étroit. Aux fins de rétablir les maux pour expulser la tête, M. T... administra le seigle ergoté; les maux se retablirent mais n'amenèrent point le succès désiré. Il tenta alors d'appliquer le forcept et le crochet, mais inutilement. Le docteur

G..., qui était arrivé à la demande de M. T..., à 2 heures de l'après-midi du même jour, fit en vain les mêmes efforts. C'est alors qu'ils convinrent d'opérer l'exécrébation. N'ayant pas à cet effet, les instruments nécessaires, ils appelèrent M. le docteur B..., qui arriva, muni de ses instruments. Ils réussirent enfin, non sans beaucoup de peines et bien de temps, à extraire la tête de l'enfant, après l'avoir broyée. Le même jour (vendredi), à minuit, ils quittèrent la malade, en donnant les ordres pour qu'elle fût soignée convenablement.

Le dimanche suivant, 22 juillet, vers midi, la femme V... a succombé à une métro-péritonite, malgré les soins de M. le docteur T.., qui, dans l'intervalle, avait envoyé des remèdes et s'était même rendu auprès d'elle 6 heures avant le décès.

M. T... termine son rapport par les conclusions suivantes:

- 1. La malade s'est trouvée, lors de l'arrivée du médecin, dans une position très-critique, position qui exigeait des opérations qui, en elles-mêmes, peuvent gravement compromettre la vie d'une femme en couches;
- 2. Cet état de choses a été la suite de manipulations qui n'ont pu se faire sans exposer les jours de la malade et qui ont été exécutées sans ménagement;
- 3. La malade a succombé par suite d'une métro-péritonite. Cette affection, survenant bien quelques-fois après des accouchements non forcés, a été causée dans le présent cas indubitablement en partie par la violence des manœuvres pratiquées avant mon arrivée, et en partie par les opérations des médecins, qui ont été obligés de réparer le mieux possible ce qu'ont fait les antécesseurs.

Relativement à la question de savoir à qui et à quelles causes Il faut attribuer la mort de la mère et de l'enfant,

la procédure et les débats devant le tribunal de 1<sup>re</sup> instance relèvent ce qui suit:

Quant à l'enfant. Selon la prévenue, il ne vivait plus lorsqu'il s'est présenté pour la délivrance; car, quelque temps auparavant, la mère aurait fait une chûte et l'accouchement était prématuré. Cependant, elle déclare que, le mercredi, la femme V... lui a dit qu'elle ressentait encore quelques mouvements. Plus tard, la prévenue modifie cette dernière déclaration, en disant qu'après son arrivée, le mercredi vers 2 heures, l'enfant a donné le dernier signe de vie. - Le témoin S..., mère de la défunte, croit aussi que l'enfant était déjà mort; car sa fille lui a dit, le mercredi, qu'elle ne sentait plus l'enfant bouger, non plus que pendant les maux. Les médecins qui avaient traité la femme V... et qui ont été appelés comme experts, ne se sont pas explicitement prononcés si l'enfant était arrivé à terme et vivant, et si, en général, il faut attribuer la cause de sa mort à des circonstancee indépendantes du fait des personnes qui ont assisté la mère en couches, ou bien à la détroncation constatée par le docteur T.... Cependant, M. le docteur G... attribue la mort de l'enfant au décollement en question, en sorte qu'il ne suppose pas que l'enfant soit mort avant les tractions. M. T... dit que, quoiqu'un enfant hors du sein de sa mère jusqu'à la tête, et en plaçant la mère debout, ne puisse être détroncé par son propre poids, il pourrait néanmoins être étouffé. De plus, il déclare que le cordon ombilical n'enveloppait pas le cou.

Pour ce qui est de la détroncation de l'enfant, les actes de la procédure donnent les renseignements suivants: La prévenue déclare n'avoir exercé aucune mesure violente; ne pas avoir cherché à délivrer la femme V... après que le tronc de l'enfant a été hors du sein de sa mère, et qu'en général, ni elle ni J... n'ont fait des tractions. Précédemment, c'est-à-dire dans l'interrogatoire subi devant le qréfet, elle dit qu'après avoir replacé la femme V... dans son lit, les maux ne s'étant pas reproduits, J... et elle es-

sayèrent de la délivrer, mais sans pouvoir y parvenir. R... dit que la sage-femme a travaillé, toutefois sans employer de moyens violents. Aucun des autres témoins n'a vu les prévenus se livrer à des tractions; cependant, il est à remarquer que ces premiers n'ont pas été continuellement présents. - Le prévenu J... dépose qu'il n'a fait qu'une visite et ne s'est livré à aucune opération tendante d'accoucher la femme V.... M. le D' T..., interpellé à ce sujet, pense que l'état ou la position de l'enfant a été la suite de manipulations violentes, et que des tractions, qui ont provoqué le détournement de la tête, ont eu lieu après la version faite. M. G... dit aussi que le tronc séparé ne peut être dû qu'à des tractions violentes, tout en prétendant (et ce dans le même interrogatoire) qu'il ne faut pas une traction très-forte pour opérer une décollation. Les deux prévenus déclarent enfin qu'ils n'ont remarqué ni l'un ni l'autre, qu'au moment de leur départ la tête de l'enfant fût détachée du tronc, circonstance dont, au reste, personne ne s'est aperçu jusqu'après l'arrivée du médecin T... La déclaration de celui-ci, qui prétend quel a première chose qu'il remarquea lors de son arrivée, était cette détroncation, n'a non plus été confirmée par aucun témoin; et pourtant il déclare qu'il n'a fait cette découverte qu'en présence de témoins qu'il a invités à s'assurer eux-mêmes du fait. (Il est constaté qu'il n'y avait point d'autres personnes présentes que celles qui ont été appelées comme témoins.) Bien plus, R... déclare, contrairement à ce que dit M. le D' T... qu'elle ne se rappelle pas que celui-ci ait manifesté son étonnement sur la position de l'enfant et la détroncation de celuici; par contre, S... dit qu'il lui semblait que M. T... exprimait son étonnement sur la position de l'enfant. Les deux médecins, MM. G... et T..., sont d'accord pour reconnaître que l'enfant suspendu par le cou au bassin de sa mère, ne pouvait être détroncé par son propre poids, même en mettant la mère debout.

Quant à la mère V..., le médecin T... dépose que tout le porte à croire que la version s'est faite, mais d'une manière irrégulière; il prétend de plus que la sage-femme lui a dit qu'elle avait exécuté la version, ce qui est positivement nié par la femme M..., qui, ainsi-qu'il est dit plus haut, s'est bornée à saisir l'enfant par les pieds afin de le dédoubler. M. le Dr G.... par contre, déclare qu'il ne peut dire si la version a été faite. M. T... dit, en outre, que tout en arrivant, la position de l'enfant a attiré son attention, car il aurait dû être couché sur le ventre et non sur le dos. «Aussi — dit-il plus loin — la version faite convenablement aurait amené tout un autre résultat.» Le même témoin dépose qu'après avoir reconnu la position de l'enfant, il a requis M. le D' G... de venir lui prêter son concours. En attendant, il a fait une tentative pour délivrer la mère; il a voulu (mais il ne l'a pu) appliquer le forceps, attendu que la tête n'avait pas la position convenable; il n'a pas réitéré cette tentative et a essayé aussi vainement de délivrer la mère, en introduisant le doigt dans la bouche de l'enfant. M. G., a de même tenté, tout aussi inutillement, d'appliquer le forceps et le crochet; puis il finit par faire à son collègue la proposition d'opérer l'excérébration, et d'appeler à cet effet M. le D' B....

Confirmant les conclusions de son rapport, le D' T... attribue la mort de la mère à des violences exercés aux parties qui n'ont, il est vrai (du moins il ne s'en est pas aperçu) pas été blessées, mais fortement contusionnées, et à sa position critique, qui a duré plusieurs jours. D'un autre côté, dit-il, les opérations auxquelles les trois médecins ont été obligés de procéder, ont pu amener la mort de la femme V..., mais aussi, si cette femme n'avait pas tant et si longtemps souffert, il croit (sans toutefois vouloir l'affirmer) qu'ils (les trois médecins) auraient pu la délivrer.

M. G... s'exprime ainsi: «Les opérations chirurgicales dont la mère a été l'objet, la longueur des opérations, les

tractions violentes, toutes ces causes réunies ont amené la mort de la femme V...» Le témoin pense, en outre, qu'en tout cas, si le tronc n'avait pas été séparé, il aurait pu s'en tirer au moyen de son forceps.

La femme V... a fait des communications concernant le traitement dont elle a été l'objet. Ainsi, elle a dit à sa belle-mère R..., après le départ des médecins T... et G...: «Comme ces Messieurs m'ont arrangée!» S..., mère de la défunte, confirme cette déposition, disant que sa fille ne s'est pas plainte lorsque le vétérinaire J... la visitait ; qu'après le départ de la sage-femme et de J... et avant l'arrivée de M. T..., la malade ne s'est non plus plainte de la manière de faire du vétérinaire et de la sage-femme, tandis qu'après le départ des médecins elle a dit : «Voiez comme ils m'ont arrangée!» et que, lorsque les témoins présents ont tous dit. «Ce n'était rien, le vétérinaire et la sage-femme, » la patiente a confirmé cet avis par un «Oui.» M. P..., pasteur, déclare que la femme en couches lui a dit que, tant J... et M... que les médecins, l'avaient cruellement fait souffrir. — Le mari de la victime, C..., dépose aussi que sa femme ne s'est pas plainte de la manière de procéder de J... et de la sage-femme.

Interpellé de déclarer si la mère et l'enfant auraient vécu s'ils eussent reçu à temps utile les secours de l'art, T... répond qu'il ne peut rien dire de positif à cet égard, mais qu'en tous cas, la femme défunte était fortement constituée bien qu'elle eût le bassin étroit. M. le D' G... dit par contre, qu'il pense qu'en recourant plus tôt à l'assistance de l'art, il aurait pu, lui, délivrer cette femme.

A ce sujet, la sage-femme M..., après avoir relaté l'accouchement opére jusqu'à la tête, s'exprime ainsi: Cependant, comme c'était les 1<sup>res</sup> couches de cette femme, je ne voulus pas prendre sur moi cette opération (l'extraction de la tête) d'autant moins que j'avais des appréhensions à cause de la mauvaise constitution (elle entendait par-là le bassin qui était très-resserré; voir page 29 de la procédure)

de cette femme; et surtout à cause de la disparition des maux, alors que la tête se trouvait encore dans le corps de la mère. Je fis aussitôt l'observation qu'il y avait lieu d'appeler un médecin.» La prévenue dit, en outre : «Je restai auprès de cette femme, car je supposais bien que l'accouchement deviendrait pénible, parce qu'elle avait le bassin étroit et que l'accouchement était prématuré par suite d'une chûte qu'elle avait faite.»

G..., après avoir exposé que le jeudi, 19 juillet, on alla chercher la sage-femme, dit : «Celle-ci, arrivée, a visité la malade et a trouvé ensuite que l'enfant n'était pas bien tourné; mais la sage-femme n'avait pas dit qu'il y avait du danger.»

Pour ce qui est de la part qu'aurait prise le vétérinaire J... à l'accouchement de V..., il est établi, par la procédure et les débats devant le tribunal de 1re instance. qu'il ne s'est rendu dans la demeure de V... que sur les sollicitations pressantes et unanimes des parents de la malade, et conduit par le seul sentiment d'humanité, vu que, dans la nuit dont il s'agit (du 19 au 20 juillet), le temps était des plus orageux, et que personne n'aurait osé traverser la montagne pour chercher un médecin patenté: qu'enfin, il a, de prime abord et à plusieurs reprises, fait l'observation qu'il y avait lieu d'appeler un médecin. Pour se disculper, J... dit particulièrement qu'il n'assistait la famille que de ses conseils, aidant la sage-femme et toujours placé sous la direction de celle-ci. Cependant, il avoue qu'il a touché la malade, en pénétrant avec la main dans son corps pour s'assurer de la position de la tête de l'enfant. M... affirme aussi qu'il a visité la femme V...

Sur interpellation, le mari de la victime, C... déclare ne pas porter plainte contre les prévenus et renoncer à toute réclamation d'indemnité.

Après la cloture de l'instruction, cette affaire fut soumise au tribunal correctionnel du district de..., qui, dans sa séance du 22 nov. 1855, déclare J... et M... coupables du délit d'homicide involontaire, et, en particulier, le premier d'avoir illégalement pratiqué la médecine, et les condamna chacun à six jours de prison, soixante francs d'amende et solidairement aux frais de la procédure. — Appel de ce jugement fut interjeté par les prévenus J... et M...

Déférant au réquisitoire du Procureur général, la chambre de police de la cour d'appel et de cassation, conformément à une décision prise le 22 décembre 1855, transmit les actes de la procédure au collège de santé, en l'invitant à se prononcer sur des questions du ressort de la médecine légale, et posées aux experts qui avaient été appelés en 1re instance, ainsi que sur la question de savoir quelles manipulations la sage-femme est autorisée à pratiquer lors d'un accouchement, notamment s'il lui est permis d'opérer la version et la traction. - Cette autorité, dans son rapport daté du 17 janvier 1856, s'exprime en ces termes; »Quant aux réponses que les experts ont faites aux questions posées par le juge, le collége de santé peut en tous points les sanctionner commes conformes aux règles de l'art. Ce qui est de l'opération de la version — qui est constamment accompagnée de certaines tractions sagement ménagées, il est hors de doute que les sages-femmes sont autorisées à la pratiquer dans certains cas d'urgence. L'instruction qu'on remet aux sages-femmes lors de leur assermentation n'est pas très-explicite à cet égard; mais il est de fait que les élèves-sages-femmes reçoivent dans leurs cours l'instruction nécessaire pour opérer la version et qu'à leur examen elles doivent, selon règlement ad hoc, faire preuve de dextérité suffisante dans la pratique de cette opération.»

A l'audience fixée pour les débats et le jugement devant la chambre de police, M' Stettler, défenseur des prévenus, a conclu à ce que ceux-ci soient déclarés non-coupables des faits à eux reprochés et libérés de toute condamnation, et à ce qu'il leur soit adjugé des dommagesintérêts pour les frais qui leur ont été occasionnés.

Le ministère public, en reitérant les conclusions prises dans son réquisitoire, a donné lecture de celui-ci, conçu en ces termes: «Considérant: 1. Qu'il n'est pas suffisamment constaté, que sourtout il ne résulte point positivement des dépositions des expertes T... et G..., médecins, que l'enfant nouveau-né soit mort par suite de la détroncation; que dans le doute et notamment en présence des déclarations de la prévenue M... confirmées par un témoin capable, il y a lieu d'admettre que l'enfant était déjà mort lorsqu'il a été mis au monde; 2. Qu'il est établi que la maladie à laquelle la femme V... a succombé était la suite des violences exercées aux parties, de la position critique qui a duré plusieurs heures et des opérations auxquelles les médecins ont été obligés de procéder ensuite de la décollation de l'enfant; 3. Qu'en ce qui concerne les violences exercées aux parties, il n'est pas constaté que cellesci aient été blessées ou seulement contusionnées, avant l'arrivée des médecins patentés; 4. Qu'en ce qui touche la longue durée de la position critique de la mère, c'est la sage-femme M... qui l'a provoquée en partie ; car, d'après ses propres aveux, elle savait à l'avance, c'est-à dire déjà le mercredi, jour de sa 1xe visite, ce qu'elle pouvait, au reste, facilement conclure des circonstances qui lui étaient connues, à savoir: la chûte que la mère avait faite, l'étroitesse de son bassin, jointes à la circonstance qu'elle accouchait du premier enfant, qu'il y aurait un accouchement forcé ou du moins pénible, qui nécessiterait le secours d'un homme de l'art; que néanmoins, il n'appert point des actes que la prévenue n'a pas même avancé qu'avant l'accouchement elle ait rendu les parents attentifs à ce danger et ait requis l'aide d'un accoucher patenté; qu'au contraire, un témoin déclare positivement qu'ils n'ont pas éte prévenus; que, par cette manière d'agir, la sagefemme M... n'a non-seulement pas observé le réglement auquel elle était tenue de se conformer et qui prescrit (S. 22 de l'instruction pour les sages-femmes, du 29 sept. 1809, et art. 24 de celle 10 août 1853) que s'il est à pré-

voir que l'accouchement ne peut se faire sans l'assistance de l'art, la sage-femme doit en aviser les plus proches parents et faire en sorte qu'un accoucheur expérimenté soit appelé, mais qu'elle a exposé, en outre, la femme en couches à de longues souffrances par suite de l'absence d'un médecin patenté, au moment opportun, ce qui, au cas particulier, a une importance d'autant plus grande que les experts appélés en 1re instance émettent, l'avis qu'en recourant plus-tôt à l'assistance de l'art, la vie de la mère aurait pu être sauvée; qu'en conséquence; la prévenue M... s'est rendue coupable tant de négligence que d'inobservation des règlements sur la matière; 5. Qu'en ce qui a trait à la détroncation qui a nécessité de pénibles opérations de la part des médecins, cause directe de la mort de la femme V..., les prévenus nient avoir fait des tractions aux fins de délivrer cette dernière; qu'ils prétendent même qu'au moment de leur départ, le tronc de l'enfant n'était pas séparé de la tête; qu'à la vérité, le D' T... prétend que, lors de son arrivée, il avait, avant de procéder à toute autre opération, constaté le décollement; que cependant, aucun des témoins n'a confirmé cette déclaration, laquelle - fût-elle vraie - ne prouve rien en elle-même, attendu qu'il y eût un intervalle (depuis 5 heures vers 9 heures) pendant lequel les prévenus avaient quitté la maison de V... 6. Qu'en ce qui concerne le vétérinaire J..., il est établi par ses propres aveux qu'il a visité la malade et a taché de reconnaître la position de l'enfant, en introduisant sa main dans le corps de la mére; que de pareilles manipulations ne peuvent rentrer que dans les attributions d'un médecin patenté; 7. Que cependant, il existe, au cas particulier, des circonstances particulièrement atténuantes; 8. Qu'enfin, il y a lieu de communiquer les actes à la Direction de l'Intérieur (section des affaires sanitaires) pour statuer ce que de droit quant à l'autorisation provisoire accordée à la prévenue M... d'exercer l'état de sagefemme; - Par ces motifs, nous concluons à ce qu'il plaise

à la chambre de Police: 1. déclarer coupables: a. M..., d'avoir été en partie la cause de la mort de V..., par suite de négligence et inobservation des règlements sur la matière; b. J... de pratique illégale de la médecine; 2. les condamner correctionnellement, en application des art. 319 et 463 du code pénal et de l'art. 95 de la loi sur l'industrie, du 7 nov. 1849, a. chacun à fr. 60 d'amende, et b. les deux solidairement aux frais. 3. ordonner que les actes seront communiqués à la direction de l'Intérieur (section des affaires sanitaires).

Mais contrairement au réquisitoire du Procureur général, la chambre de police a statué comme suit :

## Considerant,

- 1. Qu'il y a lieu d'admettre que l'enfant est né sans vie ou est mort immédiatement après avoir été mis au monde, attendu qu'aux dires de la prévenue M... et d'un témoin capable, S... la mère défunte avait fait une chûte peu de temps avant l'accouchement, et que, déjà le mercredi 18 juillet, et pendant les couches, elle ne sentait plus bouger l'enfant; qu'en tous cas,
- la position dans laquelle il se trouvait devait nécessairement amener la mort de l'enfant, par étouffement; qu'au reste, il ne résulte point positivement des dépositions des experts T... et G... médecins, que l'enfant nouveau né soit mort par suite de la détroncation; qu'ainsi, ce fait n'est pas suffisamment prouvé;
- 2. Qu'il est établi, par les dépositions des experts, dépositions pleinement sanctionnées par le collège de santé, que la maladie à laquelle V... a succombé était la suite de violences exercés aux parties, de la longue durée de la position critique et des opérations auxquelles les médecins ont dû recourir ensuite de la décollation de l'enfant;
  - 3. Qu'en ce qui concerne les violences exercées aux parties, il n'est pas constaté que celles-ci aient été

blessées ou seulement contusionnées, avant l'arrivée des médecins patentés.

- 4. Que la longue durée de la position critique est dûe à la position fatale dans laquelle l'enfant, s'est présenté pour la délivrance, à la détroncation, et à l'éloignement de medecins patentés, jointe au temps orageux qui, s'il n'interceptait pas toute communication avec le village le plus proche où était établi un médecin patenté, la rendait du mois très dangereuse pendant la nuit; que dès-lors, à cet égard, il n'y a aucun reproche à adresser à la sage-femme, d'autant moins que, dès que l'accouchement se faisait, elle demanda l'assistance d'un homme de l'art.
- 5. Qu'en ce qui a trait à la détroncation qui a nécessité de pénibles operations de la part des médecins, cause directe de la mort de la femme V..., les prévenus nient avoir fait des tractions aux fins se délivrer cette dernière; qu'ils prétendent même qu'au moment de leur départ, le tronc de l'enfant n'était pas séparé de la tête; qu'aucun témoin ne les a vus se livrer à des manipulations et n'a remarqué la détroncation en question; qu'à la vérité, le D. T... prétend que, lors de son arrivée, il avait, avant de procéder à toute autre opération, constaté le décollement; que cependant, aucun des témoins n'a confirmé cette déclaration, laquelle - fût-elle vraie - ne prouve rien en ellemême, attendu qu'il y eut un intervalle (depuis 5 heures vers 9 heures) pendant lequel les prévenus avaient quitté la maison de V...;
- 6. Qu'en ce qui regarde le vétérinaire J..., il est établi qu'il n'a cédé qu'aux pressantes instances des parents et que ce n'est qu'en surmontant sa propre répugnance et guidé par un pur sentiment d'humanité, qu'il s'est décidé à se rendre au domicile de la malade, pour assister les parents de ses conseils; qu'il n'est, du reste, point constaté qu'il se soit livré à des

- opérations chirurgicales rentrant dans les attributions d'un médecin patenté;
- 7. Quetoute fois, le fait que les deux prévenus ont donné leurs soins à la mère en couches, comme hommes de l'art, joint à la position dans laquelle l'enfant a été trouvé par le médecin le premier arrivé, a nécessité l'ouverture d'une enquête, et que les prévenus ont donné naissance aux soupçons qui pesaient dès le commencement sur eux, notamment parce que, lorsque malgré leurs soins l'état de choses était des plus critiques, ils ont abandonné la malade avant l'arrivée des secours de l'art;

Par ces motifs,

La chambre de police
déclare

M... et J... non coupables des faits à eux imputés; les décharge des condamnations prononcés contre eux, mais les les condamne, en application des art. 343 et 468 C. pr. pén., aux frais de 1<sup>re</sup> instance, liquidés à la somme de . . . . , mettant les frais d'appel, touchant lesquels les acquittés n'auront rien à réclamer, à la charge du fisc.

salus alinoitat rebuiore abidicare grissa in abbeist.

All of languages actions and the control of the con

from the company of the condition of the

extrement and appropriate and assume and drawing them were live

the continue to the continue to the continue of the continue o

ildeta les tres la conferencia de al caración de la como de la com

1